



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Klimaschutz

05

*Schlaglichter  
der Wirtschaftspolitik  
Mai 2023  
Monatsbericht*

**14**  
*Zeit für eine transformative  
Angebotspolitik*

**19**  
*Neue Bevölkerungsvorausberechnung  
der Statistischen Ämter*

**24**  
*Erfolgreicher reformieren  
mit europäischer Förderung*

**ENERGIEKRISE ÜBERWUNDEN –  
AUFSCHWUNG SETZT EIN**

# Liebe Leserin, lieber Leser,

**D**er völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hinterlässt tiefes menschliches Leid. Auch die Wirtschaft der Ukraine leidet stark unter dem Krieg: Sie ist im vergangenen Jahr um rund ein Drittel eingebrochen. Anfang des Monats war ich selbst mit einer Wirtschaftsdelegation in der Ukraine – eine Reise, die ein wichtiges Zeichen dafür war, dass wir die Ukraine nicht nur beim Wiederaufbau nach besten Kräften unterstützen werden, sondern sie auch weiterhin als wichtigen Wirtschaftspartner sehen.

In Deutschland hat sich die konjunkturelle Lage unter anderem aufgrund von rückläufigen Energiepreisen auf den Weltmärkten seit Anfang des Jahres spürbar verbessert. Zum Jahresende 2022 war die Wirtschaftsleistung infolge der Belastungen aus den Energiepreissteigerungen – trotz umfangreicher Stabilisierungsmaßnahmen – noch rückläufig gewesen.

In der Frühjahrsprojektion, die die Bundesregierung am 26. April vorgelegt hat und die wir in dieser Ausgabe vorstellen, rechnen wir für das aktuelle Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent und für das kommende Jahr mit 1,6 Prozent. Die von Energiepreisen getriebene Inflation verliert an Fahrt, bleibt aber auf einem hohen Niveau. Dementsprechend gehen wir von einem Rückgang der Inflationsraten auf 5,9 Prozent im laufenden Jahr und 2,7 Prozent im kommenden Jahr aus, was sich positiv auf die realen Einkommen und die Kaufkraft auswirken dürfte.

Auch in den kommenden Jahren werden geopolitische Veränderungen und Unsicherheiten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands beeinflussen. Zudem stellen die demografische Entwicklung und die Dekarbonisierung Wirtschaft, Bevölkerung und Politik vor große Herausforderungen.



Die Alterung der Gesellschaft wird sich immer stärker bemerkbar machen – in der Gesellschaft, aber auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Verknappung des Angebotes von Fachkräften und Arbeitskräften wird weiter zunehmen. Das Statistische Bundesamt hat Ende des vergangenen Jahres eine neue Bevölkerungsvorausberechnung vorgestellt, welche erwartete Entwicklungen bis in das Jahr 2070 enthält. Die Projektionen zeigen, dass das Erwerbspersonenpotenzial, das heißt die Anzahl der Menschen im Alter von 20 bis 66 Jahren, weiter sinken wird.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der ökologischen Notwendigkeiten brauchen wir eine neue, transformative Angebotspolitik. Ziel dieser neuen Form von Angebotspolitik, deren Konzeption wir Ihnen in dieser Ausgabe vorstellen, ist es, die Wirtschaft zu stärken und zugleich – trotz der genannten Herausforderungen – die notwendigen Investitionen in die ökologische Transformation zu ermöglichen.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine interessante Lektüre.

Dr. Robert Habeck

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

# Inhalt



## DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den  
Schlaglichter-Newsletter  
an und verpassen Sie  
keine Ausgabe mehr:  
[schlaglichter/newsletter](mailto:schlaglichter/newsletter)



## MEHR IM WEB

Schlaglichter-  
Ausgaben online lesen:  
[www.bmwk.de/  
schlaglichter](http://www.bmwk.de/schlaglichter)

- 02 Editorial
- 04 Konjunkturschlaglicht
- 43 Impressum

## Wirtschaftspolitik

- 07 **Energiekrise überwunden – Aufschwung setzt ein**
- 14 **Zeit für eine transformative Angebotspolitik**
- 18 **Initiative „FRAUEN unternehmen“: MINT und Handwerk als neue Schwerpunkte**
- 19 **Neue Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter**
- 24 **Erfolgreicher reformieren mit europäischer Förderung**
- 28 **Streit um die Schätze der Hohen See beigelegt: VN-Meeresschutzabkommen als historischer Durchbruch**
- 29 **Termine**

## Konjunktur

- 31 **Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im April 2023**
- 37 **BIP Nowcast für das erste und zweite Quartal 2023**
- 39 **Monetäre Entwicklung**

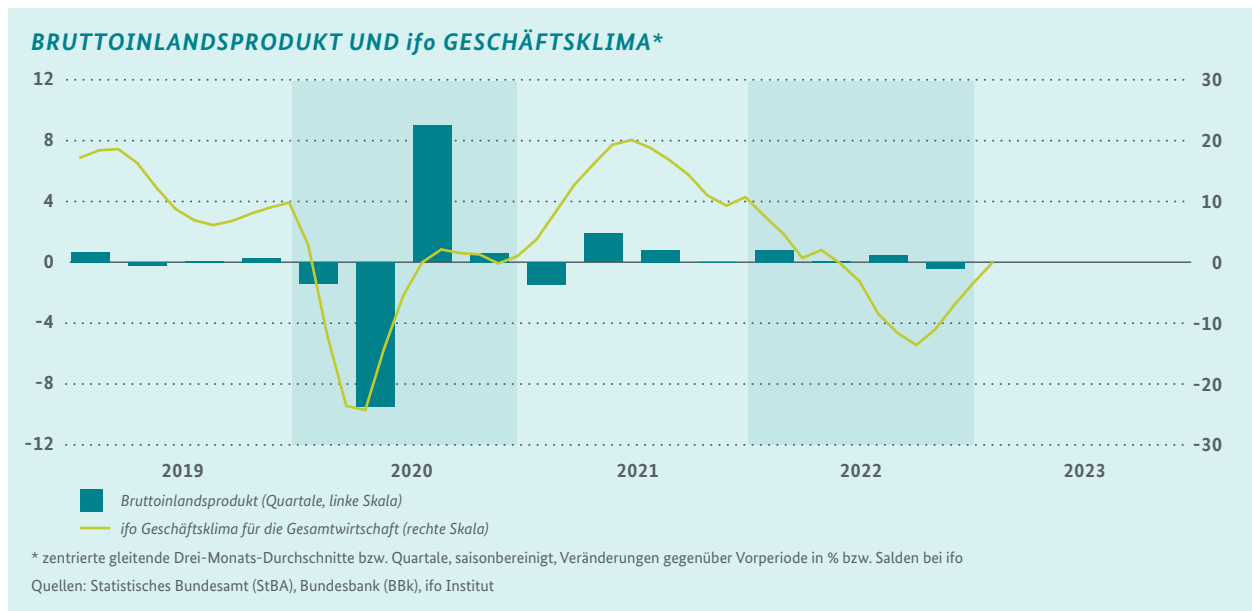
# KONJUNKTURSCHLAGLICHT

## April 2023

Konjunkturelle Belebung zu Jahresbeginn 2023.



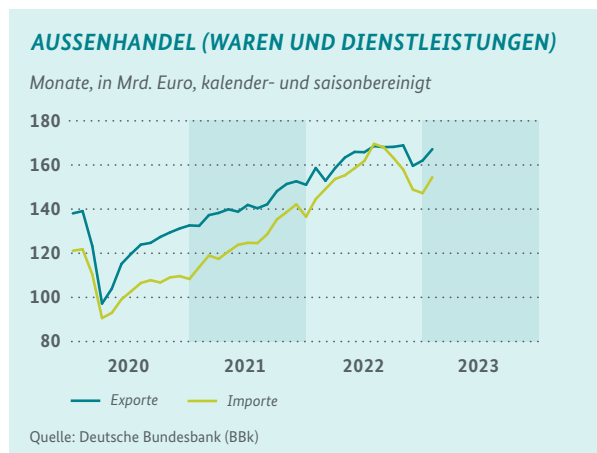
### Gesamtwirtschaft



**Die aktuellen Konjunktur- und Frühindikatoren deuten eine wirtschaftliche Belebung im ersten Quartal an.** Insgesamt stellt sich die konjunkturelle Ausgangslage damit besser dar als noch zum Jahreswechsel angenommen. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe belebte sich spürbar und die Stimmung in der deutschen Wirtschaft und bei den privaten Haushalten verbesserte sich weiter.



### Außenwirtschaft



**Der deutsche Außenhandel erholte sich im Februar überraschend deutlich.** Sowohl die Exporte als auch die Importe von Waren und Dienstleistungen erhöhten sich im Februar spürbar. Die Exporterwartungen in den Unternehmen haben sich weiter aufgehellt und Materialengpässe weiter entspannt.

#### LEGENDE

- ↗ Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- ↔ Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- ↘ Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

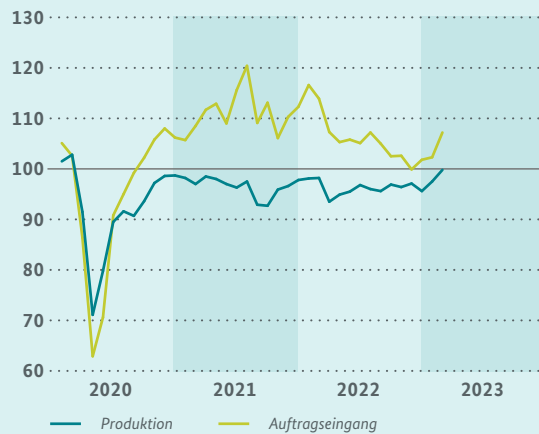
Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



## Produktion

### INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

**Die Industrieproduktion legte im Februar erneut merklich zu.** Erfreulicherweise führen auch die energieintensiven Bereiche ihre Produktion wieder hoch, was dafür spricht, dass die Talsohle der Energiekrise durchschritten sein dürfte. Auch die Auftragseingänge setzten in vielen Industriebranchen ihren Erholungskurs weiter fort.



## Privater Konsum

### EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

**Die Kaufkraftverluste belasten weiterhin den Konsum der privaten Haushalte.** Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) und die Neuzulassungen von Pkw durch private Halterinnen und Halter gingen zuletzt zurück. Das Konsumklima der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher dürfte sich mit dem Rückgang der Inflationsraten ausgehend von einem niedrigen Niveau weiter verbessern.



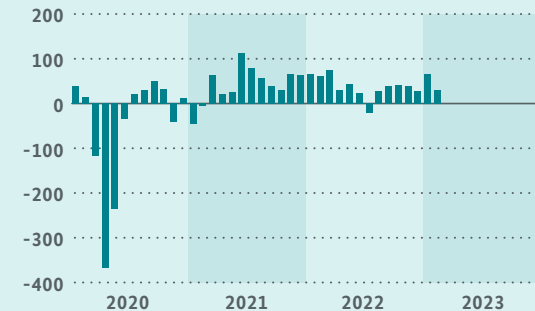
## Arbeitsmarkt

**Der Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor stabil, die typische Frühjahrsbelebung fiel jedoch vergleichsweise schwach aus.** Die Arbeitslosigkeit stieg im März weiter leicht an, was vor allem auf die konsumnahen Wirtschaftszweige zurückzuführen ist. Die Erwerbstätigkeit nahm auch im Februar weiter leicht zu und die Inanspruchnahme von Kurzarbeit ging erneut zurück.

### ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000),

Veränderung zum Vormonat

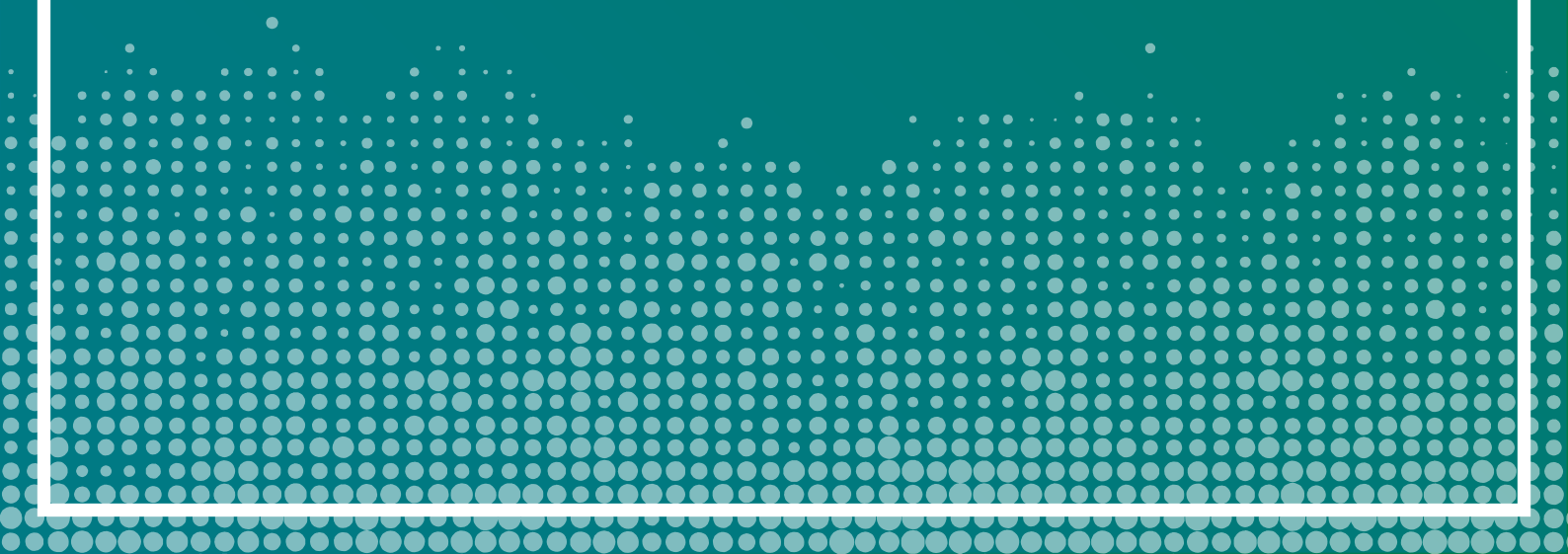


Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

WW



WIRTSCHAFTSPOLITIK



# Energiekrise überwunden – Aufschwung setzt ein

Bundesminister Dr. Robert Habeck stellt die Frühjahrsprojektion der  
Bundesregierung vor

## DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Die deutsche Wirtschaft hat sich angesichts der Belastungen aus den geopolitischen Unsicherheiten und der Energiepreiskrise über das Winterhalbjahr 2022/23 als äußerst anpassungs- und widerstandsfähig erwiesen. Zwar haben die massiven Preissteigerungen infolge des völkerrechtswidrigen Überfalls Russlands auf die Ukraine, die zwischenzeitlich erheblichen Lieferengpässe und die inflationsbedingten Kaufkraftverluste die Wirtschaft sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar belastet, weshalb die Wirtschaftsleistung trotz der umfangreichen staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen zum Jahresendquartal 2022 rückläufig war. Zentrale Risiken wie eine mögliche Gasmangellage und erneut deutlich steigende Energiepreise haben sich jedoch dank der Auffüllung der Speicher im Jahresverlauf, der Energieeinsparungen der Unternehmen und privaten Haushalte sowie infolge des vergleichsweise milden Winters nicht realisiert.

Zu Jahresbeginn haben sich die Auftriebskräfte spürbar verstärkt. Die Wertschöpfung in der Industrie hat sich infolge der weiteren Normalisierung der Lieferketten- und Materialengpässe, der wieder deutlich rückläufigen Energiepreise sowie der moderaten globalen Erholung belebt. Auch die Produktion in den energieintensiven Branchen, die infolge der gestiegenen Gas- und Strompreise im zweiten Halbjahr 2022 deutlich zurückgefahren wurde, war zuletzt wieder aufwärtsgerichtet. Der Bau konnte von der zumeist milden Witterung im Winter profitieren und bestehende Aufträge abarbeiten. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich diese Entwicklung im Zuge rückläufiger Energie- und Verbraucherpreise, wieder steigender realer Einkommen und einer Belebung der Weltwirtschaft fortsetzen. Die Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung und die Gas-, Strom- und Wärmepreisbremsen als „Versicherung“ gegen erneut steigende Energiepreise unterstützen diesen Erho-

lungsprozess und geben der Wirtschaft und den privaten Haushalten Planungssicherheit. Zudem stützen die Maßnahmen der Entlastungspakete und darüber hinausgehende steuerliche Entlastungen den privaten Konsum.

Vor diesem Hintergrund rechnet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion mit einem Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,4 % in diesem und 1,6 % im kommenden Jahr.

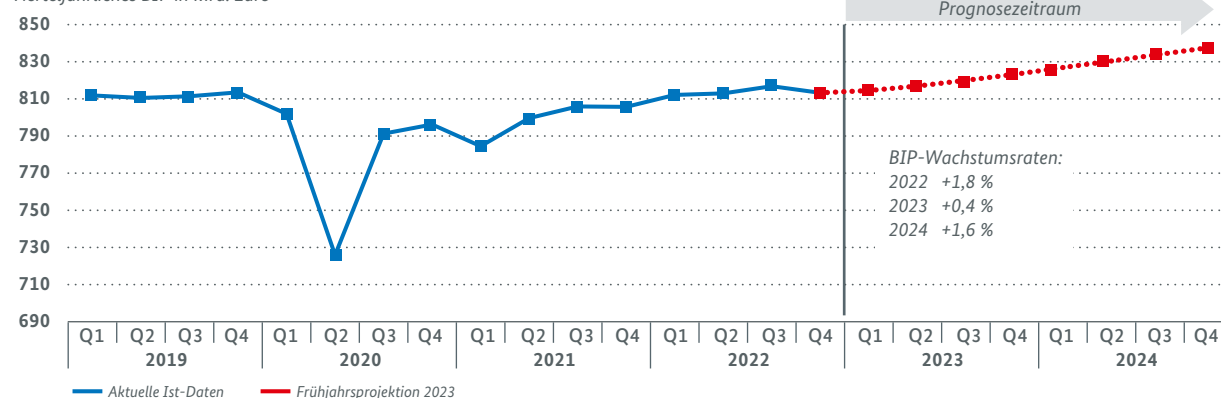
Die Inflationsrate hat ihren Höhepunkt bereits hinter sich gelassen, bleibt aber zunächst noch auf hohem Niveau. Die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 5,9 %. Im Jahr 2024 dürfte sich die Preisdynamik noch weiter beruhigen und die Inflationsrate auf 2,7 % sinken.

Belastungen und Risiken für die konjunkturelle Entwicklung liegen in den noch sehr hohen Preissteigerungsraten, den ungünstigeren Rahmenbedingungen in der Bauindustrie mit Blick auf die Kostenentwicklung sowie in ungünstigeren Finanzierungsbedingungen. Auch jüngste Refinanzierungsprobleme einzelner Finanzinstitute infolge der Zinswende und nicht zuletzt die geopolitischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine stellen Unsicherheitsfaktoren dar. Dennoch gibt es auch Chancen: Eine günstigere als die in der vorliegenden Projektion angenommene Entwicklung wäre möglich, wenn sich der Anstieg der Verbraucherpreise stärker als erwartet abschwächt, die weltwirtschaftliche Belebung kräftiger ausfällt und/oder nachlassende geopolitische Spannungen zu einer deutlicheren Stimmungsaufhellung führen.

Schaubild 1 zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum. Die Eckwerte der Frühjahrsprojektion können Tabelle 1 entnommen werden.

## SCHAUBILD 1: FRÜHJAHRSPROJEKTION 2023 – BIP-VERLAUF

Vierteljährliches BIP in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt; Frühjahrsprojektion der Bundesregierung





TABELLE 1: ECKWERTE DER FRÜHJAHRSPROJEKTION 2023

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland <sup>1</sup>	2022	Frühjahrs- projektion 2023	Frühjahrs- projektion 2024
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben			
<b>ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)</b>			
<b>BIP (preisbereinigt)</b>	<b>1,8</b>	<b>0,4</b>	<b>1,6</b>
Erwerbstätige (im Inland)	1,3	0,8	0,2
BIP je Erwerbstätigen	0,5	-0,4	1,4
BIP je Erwerbstätigenstunde	0,4	-0,8	0,6
<i>nachrichtlich:</i>			
<i>Erwerbslosenquote in Prozent (ESVG-Konzept)<sup>2</sup></i>	2,8	2,7	2,6
<i>Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der BA)<sup>2</sup></i>	5,3	5,4	5,2
<b>VERWENDUNG des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)</b>			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	11,6	5,4	4,3
Staat	6,4	2,5	4,0
Bruttoanlageinvestitionen	11,3	4,5	4,0
<i>Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)</i>	87,9	108,0	111,4
Inlandsnachfrage	11,1	5,0	4,1
<i>Außenbeitrag (Mrd. Euro)</i>	79,5	129,5	129,9
<i>Außenbeitrag (in Prozent des BIP)</i>	2,1	3,2	3,0
<i>Saldo der Leistungsbilanz (in % des BIP)</i>	4,3	5,5	5,5
<b>Bruttoinlandsprodukt (nominal)</b>	<b>7,4</b>	<b>6,1</b>	<b>4,0</b>
<b>VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)</b>			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	4,3	-0,1	2,1
Staat	1,2	-0,1	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,4	-1,0	1,3
Ausrüstungen	3,3	2,4	3,6
Bauten	-1,7	-4,1	-0,5
Sonstige Anlagen	2,1	3,3	3,3
<i>Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls)<sup>3</sup></i>	0,5	0,4	0,0
Inlandsnachfrage	3,1	0,0	1,7
Exporte	2,9	1,3	3,3
Importe	6,0	0,6	3,5
<i>Außenbeitrag (Impuls)<sup>3</sup></i>	-1,2	0,4	0,0
<b>Bruttoinlandsprodukt (real)</b>	<b>1,8</b>	<b>0,4</b>	<b>1,6</b>
<b>Preisentwicklung (2015 = 100)</b>			
Verbraucherpreisindex	6,9	5,9	2,7
Konsumausgaben der privaten Haushalte	6,9	5,5	2,2
Inlandsnachfrage	7,7	4,9	2,4
Bruttoinlandsprodukt <sup>4</sup>	5,5	5,7	2,3
<b>VERTEILUNG des Bruttonationaleinkommens (BNE)</b>			
<i>(Inländerkonzept)</i>			
Arbeitnehmerentgelte	5,8	6,6	5,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,4	10,4	-5,0
Volkseinkommen	4,2	7,7	2,5
Bruttonationaleinkommen	7,2	6,3	3,9
<i>nachrichtlich (Inländerkonzept):</i>			
Arbeitnehmer	1,5	0,9	0,2
Bruttolöhne und -gehälter	6,3	6,6	5,5
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	4,8	5,6	5,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	7,0	4,8	4,8
<i>Sparquote in Prozent<sup>5</sup></i>	11,4	10,7	11,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; Frühjahrsprojektion der Bundesregierung

1 Bis 2022 Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Februar 2023;

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen;

3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP);

4 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2022: 3,7%; 2023: 5,9%; 2024: 3,9%;

5 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche.

### Annahmen der Frühjahrsprojektion 2023

In Übereinstimmung mit Prognosen internationaler Organisationen wird für die Weltwirtschaft ein Wachstum in Höhe von 2,8 % in diesem Jahr und 3,0 % im kommenden Jahr erwartet.

Für die Entwicklung des Ölpreises wird eine technische Annahme auf Basis von Terminotierungen zum Zeitpunkt des Projektionsabschlusses getroffen. Demnach ist für das aktuelle Jahr von einem durchschnittlichen Rohölpreis für ein Fass der Sorte Brent von rund 82 US-Dollar auszugehen, im kommenden Jahr dürfte der Preis dann auf 78 US-Dollar fallen. Für den Gaspreis wird für den Jahresdurchschnitt 2023 – ebenfalls auf Basis von Terminotierungen – ein Preis von 48 Euro pro MWh erwartet. Im Jahr 2024 dürfte der durchschnittliche Gaspreis dann bei 54 Euro pro MWh liegen. Zum Vergleich: Im Jahr der Energiepreiskrise (2022) lag der Gaspreis durchschnittlich bei 123 Euro pro MWh.

### AUSSENHANDEL: TERMS OF TRADE VERBESSERN SICH WIEDER

Nach einem schwachen Jahresschluss 2022 zeichnet sich in der Weltwirtschaft am aktuellen Rand eine leichte Erholung ab. Die Stimmung hatte sich zuletzt deutlich aufgehellt. Die regionale Belebung dürfte aber noch recht heterogen verlaufen. Die für Deutschland als Absatzmärkte besonders wichtigen Volkswirtschaften der Europäischen Union dürften in diesem Jahr noch geringe Wachstumsraten von durchschnittlich +0,7 % realisieren, da hier die Betroffenheit durch die Energiekrise besonders ausgeprägt war. Die aufstrebenden großen Volkswirtschaften wie China (+5,2 %) oder Indien (+5,9 %) könnten hingegen vergleichsweise kräftig wachsen. Im Jahr 2024 dürfte die Erholung dann auch in der Europäischen Union deutlicher ausfallen (+1,6 %).

Vor diesem Hintergrund rechnen internationale Organisationen wie der IWF mit einem Anstieg des Welthandelsvolumens um knapp 3 % in diesem und rund 4 % im kommenden Jahr. Die deutschen Absatzmärkte dürften infolge des höheren Gewichts in Europa mit rund +2 ½ % in diesem Jahr und +3 % im kommenden Jahr etwas schwächer zulegen.

Mit der Erholung der Absatzmärkte wird auch eine Belebung der deutschen Exporte im weiteren Jahresverlauf erwartet. Während der Zuwachs in diesem Jahr mit +1,3 % infolge des schwachen Jahreseinstiegs noch relativ niedrig ausfallen dürfte, wird für das Jahr 2024 mit einer fortgesetzten Erholung auf jahresdurchschnittlich +3,3 % gerechnet.

Die Importe dürften in diesem Jahr aufgrund der anfangs noch schwachen Binnendynamik zunächst ebenfalls um

jahresdurchschnittlich +0,6 % vergleichsweise gering zunehmen. Im Jahr 2024 dürften im Zuge der Erholung des privaten Konsums und wieder zunehmender Investitionstätigkeit auch die Inlandsnachfrage anziehen und die Importe sich um +3,5 % erhöhen.

Da die Energiepreise zuletzt deutlich gefallen sind, dürften sich im Jahr 2023 auch die Terms of Trade, das preisliche Austauschverhältnis von Aus- und Einfuhren der deutschen Volkswirtschaft, wieder verbessern. Während im Jahr 2023 die Importpreise sogar rückläufig sein dürften, steigen die Exportpreise voraussichtlich leicht an. Verbessern sich die Terms of Trade, führt dies unter sonst gleichen Bedingungen zu einem höheren Leistungsbilanzsaldo. Dies kann man auch für Deutschland im Projektionszeitraum beobachten. Nach einem energiepreisbedingten Rückgang des Saldos der Leistungsbilanz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf 4,3 % wird für die kommenden beiden Jahre ein Anstieg auf rund 5 ½ % erwartet.

### STIEGENDE (FINANZIERUNGS-)KOSTEN DÄMPFEN INVESTITIONSTÄTIGKEIT

Derzeit wird das deutsche Investitionsklima vor allem von drastischen Kostensteigerungen getrübt. Das stark erhöhte Preis- und Zinsniveau dämpft die Nachfrage nach Investitionsgütern und belastet die Bautätigkeit, wenn auch die Realzinsen nach wie vor im historischen Vergleich günstig sind. Zusätzlich dämpft die weiterhin große Unsicherheit die Investitionsneigung in Deutschland. Zwar haben die Unwägbarkeiten im Vergleich zum Jahreswechsel im Zuge der allmählichen Auflösung der Lieferengpässe bei Gas und anderen Rohstoffen sowie wichtigen Vorprodukten abgenommen. Gemessen am ifo Dispersionsindex liegt die Ungewissheit bei den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe aber noch auf ähnlichem Niveau wie zu Zeiten der Finanzkrise 2008/09.

Im Rahmen der Frühjahrsprojektion geht die Bundesregierung davon aus, dass die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2023 um 1,0 % zurückgehen und im Jahr 2024 um 1,3 % ansteigen. Der Staat unterstützt die Erholung in erheblichem Maß: Zum einen werden die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen kräftig erhöht (v. a. im Bereich der Bundeswehr). Zum anderen geben Zuschüsse für energetische Sanierungen und Programme, unter anderem aus dem Energie- und Klimafonds (EKF), beträchtliche Anreize und Investitionsimpulse für den privaten Bereich mit Blick auf die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Die Investitionsquote, also der Anteil der nominalen Bruttoanlageinvestitionen am nominalen BIP, bleibt bis zum Ende des Prognosezeitraums stabil bei etwa 22,2 %.

Die Bauinvestitionen werden durch die gestiegenen Finanzierungs- und Baukosten besonders



belastet, weshalb für diese preisbereinigte Rückgänge von 4,1 % in diesem und 0,5 % im nächsten Jahr unterstellt werden. Erst im Jahresverlauf 2024 wird mit einer Stabilisierung der Bauinvestitionen gerechnet. Wachstumsimpulse dürften dann vor allem vom Wohnungsbau ausgehen, begünstigt durch die nach wie vor hohe Nachfrage nach Wohnraum und den hohen energetischen Sanierungsbedarf. Im Vergleich zu den Vorjahren fallen die Steigerungsraten hier allerdings nach der allmählichen Abarbeitung der vollen Auftragsbücher deutlich geringer aus. Auf der Angebotsseite dürfte auch der Fachkräftemangel für eine insgesamt verhaltene Bauproduktion sorgen.

Von den Ausrüstungsinvestitionen dürften dagegen über den gesamten Projektionszeitraum hinweg spürbare positive Impulse ausgehen. Zwar dämpfen die Unsicherheit im Zusammenhang mit geopolitischen Konflikten und das erhöhte Zinsniveau für Unternehmenskredite die Investitionstätigkeit. Andererseits verfügt der Unternehmenssektor infolge der günstigen Gewinnentwicklung der letzten Jahre über eine ausreichende Eigenkapitalbasis, um (zum Teil noch wegen der Pandemie) zurückgestellte Investitionsvorhaben aus eigenen Mitteln finanzieren zu können. Zudem hat sich ein hoher Bedarf an Ersatz- und energetischen Erneuerungsinvestitionen aufgebaut. Die hohe Kapazitätsauslastung und die vollen Auftragsbücher mit einer mittleren Reichweite von fast einem Jahr sorgen zudem für erhöhten Bedarf an Maschinen und Anlagen. Vor diesem Hintergrund wird ein Zuwachs bei den Ausrüstungsinvestitionen von 2,4 % in diesem und eine weitere Steigerung um 3,6 % im kommenden Jahr angenommen.

### INFLATION HAT HÖHEPUNKT ÜBERSCHRITTEN

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führte zu einer tiefgreifenden Energiekrise, in deren Folge im Herbst letzten Jahres die Inflationsrate in Deutschland einen Höhepunkt von nahezu 9 % erreichte. Im Durchschnitt des Jahres 2022 lag die Inflationsrate bei 6,9 %, nach 3,1 % im vorangegangenen Jahr. Wesentlicher Treiber der Entwicklung war der Gaspreis, der sich sehr stark verteuerte und eine dramatische Erhöhung des Strompreises für die privaten Haushalte nach sich zog. Die Verteuerung der Energieträger hat zu Zweitrundeneffekten geführt, die sich erst mit Verzögerung in der Breite der Verbraucherpreise niederschlagen. Diese Entwicklung dürfte aus verschiedenen Gründen jedoch nur von vorübergehender Natur sein.

Mit einem Bündel von Maßnahmen u. a. im Rahmen der Entlastungspakete I bis III und der Strom-, Gas-, und Wärmepreisbremsen hat die Bundesregierung zudem dafür gesorgt, dass sich die Belastungen aus dem Energiepreisanstieg für Unternehmen und private Haushalte in Grenzen halten. Diese Maßnahmen haben Wirkung gezeigt. Der Höhepunkt der Inflationsentwicklung wurde zum Jahres-

wechsel überschritten. Im März lag die Inflationsrate um 1,4 Prozentpunkte unter ihrem Höchststand vom Oktober und November 2022, was zum Teil auf einen Basiseffekt zurückzuführen ist. Denn mit Beginn des Krieges in der Ukraine war es von Februar auf März 2022 zu einem sprunghaften Anstieg der Energiepreise gekommen, der nun aus dem Vorjahresvergleich herausgefallen ist. Die Rate blieb aber mit 7,4 % immer noch auf hohem Niveau. Die Terminkontrakte sprechen dafür, dass der Preisdruck bei der Energie weiter nachlässt und sich der Gaspreis in etwa auf dem aktuellen Niveau einpendelt. Bei den privaten Haushalten dürfte dies aber erst mit einiger Verzögerung zu Entlastungen bei den Energiekosten führen. Solange helfen die Gas-, Strom- und Wärmepreisbremsen Haushalten und Unternehmen finanziell spürbar und halten zugleich die Anreize zur Reduktion des Strom- und Gasverbrauchs aufrecht. Je nach weiterer Energiepreisentwicklung dürften die Preisbremsen die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2023 rein rechnerisch um 0,2 bis 0,6 Prozentpunkte senken.

Die Bundesregierung erwartet folglich für das laufende und nächste Jahr ein deutliches Nachlassen der Inflationsdynamik mit einem Anstieg von +5,9 % in diesem und +2,7 % im kommenden Jahr. Für diesen Rückgang sprechen vor allem die inzwischen wieder deutlich rückläufigen Energiepreise, die eingeleiteten geldpolitischen Maßnahmen sowie die Entspannung bei den Lieferkettenengpässen. Trotz inflationsbedingt höherer tarifpolitischer Abschlüsse ist derzeit keine Lohn-Preis-Spirale erkennbar.

Auch wenn es der Bundesregierung mit ihren Entlastungspaketen gelungen ist, die negativen Folgen der Energiekrise für die Unternehmen und privaten Haushalte zu begrenzen, so ist die Gefahr stark volatiler Energiepreise an den Weltmärkten angesichts bestehender geopolitischer Risiken nicht gebannt. Auf mittlere und längere Frist kann letztlich nur der zügige Ausbau von erneuerbaren Energien und eine höhere Energieeffizienz zu niedrigen und gleichzeitig sicheren Energiepreisen führen.

### ARBEITSNACHFRAGE WEITER AUF REKORDHOCH

Die Lage am Arbeitsmarkt zeigt sich größtenteils unbeeindruckt von der wirtschaftlichen Abschwächung infolge der Energiekrise, sie ist vielmehr geprägt von einem anhaltend hohen Arbeitskräftebedarf. Zwar stieg zuletzt die registrierte Arbeitslosigkeit leicht an; allerdings deuten die Frühindikatoren von ifo und IAB auf eine Stabilisierung hin, so dass nicht von einer grundsätzlichen Trendwende auszugehen ist.

Vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Nachfrage nach Arbeitskräften und einer moderaten konjunkturellen Erholung dürfte die Erwerbstätigkeit im Projektionszeitraum weiter merklich zulegen.



Nach kräftigen Zuwächsen im ersten Quartal wird für das Gesamtjahr von einem Anstieg um 350.000 Personen ausgegangen. Im nächsten Jahr könnte die Erwerbstätigenzahl nochmal um gut 100.000 Personen zulegen. Insbesondere in den Dienstleistungsbereichen und dem Öffentlichen Dienst wird Beschäftigung aufgebaut, während die Kurzarbeit trotz der Energiepreiskrise nur geringfügig angestiegen ist. Das aktuelle Niveau von knapp 200.000 Personen dürfte im ersten Quartal noch erhalten bleiben und danach wieder zurückgehen.

Bei der Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2023 zwar mit einem leichten Anstieg um rund 70.000 Personen gerechnet. Dahinter steht allerdings maßgeblich ein statistischer Überhang durch den Anstieg der Arbeitslosenzahl seit Sommer 2022 infolge der Registrierung ukrainischer Geflüchteter in den Jobcentern. Die günstige konjunkturelle Ausgangslage in Verbindung mit der anhaltend hohen Arbeitsnachfrage dürfte dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf sinkt. Im nächsten Jahr dürfte sie dann um rund 80.000 Personen niedriger liegen.

### **LÖHNE UND VERFÜGBARE EINKOMMEN STEIGEN, TEUERUNG DÄMPFT PRIVATEN KONSUM**

Die hohen Inflationsraten infolge der Energiekrise haben auch bei den Tariflöhnen zu einem spürbaren Anziehen geführt, allerdings bleiben die Abschlüsse deutlich hinter der Preisentwicklung zurück. Die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter pro Person dürften in diesem und nächstem Jahr deutlich steigen (+5,3 % bzw. +5,6 %). Zu den Lohnsteigerungen tragen auch die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde im letzten Jahr sowie die Zahlungen von Inflationsausgleichsprämien, die sich zunehmend in Tarifabschlüssen wiederfinden, bei.

Die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer steigen in diesem Jahr aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen aus den Entlastungspaketen noch kräftiger als die Bruttolöhne (+6,9 %). Hier wirken sich vor allem die von der Bundesregierung beschlossenen Steuererleichterungen im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes aus. Auch im nächsten Jahr dürften die Nettolöhne und -gehälter nochmals deutlich zulegen (+4,9 %).

Die nominalen verfügbaren Einkommen der Haushalte profitieren neben der stabilen Entwicklung am Arbeitsmarkt auch von den Maßnahmen aus den Entlastungspaketen. Sie steigen im laufenden und im nächsten Jahr jeweils um 4,8 %. Dennoch dürften die privaten Konsumausgaben am Jahresanfang noch durch die Kaufkraftverluste angesichts der hohen Inflationsraten gedämpft sein. Wenn die Inflationsraten im Jahresverlauf nachlassen und die Lohnsteigerungen vermehrt bei den Beschäftigten ankommen,

dürfte sich der private Konsum auch wieder erholen. Insgesamt erwartet die Bundesregierung für das laufende Jahr in preisbereinigter Rechnung einen leichten Rückgang um 0,1 %. Stabilisierend wirken dabei die staatlichen Entlastungspakete und der Abwehrschirm. Ohne diese Maßnahmen wäre das Minus beim privaten Konsum noch merklich größer. Im nächsten Jahr dürfte der private Konsum dann wieder stärker um 2,1 % zulegen.

### **PRODUKTIONSLÜCKE, PRODUKTIONSPOTENZIAL UND MITTLERE FRIST**

Das Produktionspotenzial wird von der Bundesregierung in Übereinstimmung mit der gemeinsamen EU-Methode geschätzt und beschreibt die wirtschaftliche Aktivität einer Volkswirtschaft bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren (konjunkturbereinigte bzw. strukturelle Wirtschaftsleistung). Das Wachstum des Produktionspotenzials wird in den kommenden Jahren durch die demografische Entwicklung gedämpft. Für das preisbereinigte Potenzialwachstum erwartet die Bundesregierung in den Jahren 2023 und 2024 einen Wert von 0,9 % bzw. 1,0 %. Bis zum Ende der mittleren Frist 2027 sinkt die Wachstumsrate auf 0,7 %.

Die Produktionslücke (BIP minus Produktionspotenzial) ist nach der erheblichen Unterauslastung der Produktionsfaktoren im Zuge der Corona-Pandemie weiterhin negativ. Die deutsche Wirtschaft befindet sich daher im laufenden Jahr in einer Unterauslastung. Dies spiegelt sich in einer negativen Produktionslücke von rund -0,9 % des Produktionspotenzials wider. Im Jahr 2024 wird die Normalauslastung im Zuge der erwarteten, über der Potenzialrate liegenden BIP-Zunahme wieder nahezu erreicht werden.

### **CHANCEN UND RISIKEN**

In der dargelegten Frühjahrsprojektion wird üblicherweise die aus Sicht der Bundesregierung wahrscheinlichste Entwicklung in den kommenden Jahren zugrunde gelegt. Nach wie vor bestehen allerdings erhebliche Unsicherheiten über die zukünftige Entwicklung, insbesondere mit Blick auf die anhaltenden geopolitischen Spannungen und das Risiko erneuter Lieferkettenengpässe mit Energie- und Verbraucherpreissteigerungen. Ein erneuter Anstieg der Energiepreise wäre mit substantiellen Abwärtsrisiken für die Konjunktur und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbunden. Auch die geldpolitischen Straffungen in vielen Ländern machen sich in steigenden Finanzierungskosten, restriktiverer Kreditvergabe und Bilanzproblemen in einzelnen Banken bemerkbar. Binnenwirtschaftlich kommen zudem Risiken aus den inflationsbedingten Kaufkraftverlusten für den privaten Konsum und einem stärkeren Einbruch der Bauinvestitionen als angenommen hinzu.



Dennoch besteht auch die Möglichkeit einer günstigeren Entwicklung als im Rahmen der vorliegenden Projektion angenommen. So könnte ein stärkerer Rückgang der Preisdynamik die Realeinkommen verbessern, die privaten Haushalte entlasten und den Druck für weitere geldpolitische Schritte vermindern. Eine Auflösung der geopolitischen Spannungen, insbesondere mit Blick auf den Krieg in der Ukraine, könnte die Stimmung in den Unternehmen und bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern steigern und ebenfalls expansive Impulse geben. Schließlich könnte sich die angenommene moderate weltwirtschaftliche

Belebung als kräftiger herausstellen und ebenfalls Wachstumsimpulse für die stark exportorientierte deutsche Industrie liefern.

#### KONTAKT

*Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*

[Büro-IC1@bmwk.bund.de](mailto:Büro-IC1@bmwk.bund.de)

[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)



# Zeit für eine transformative Angebotspolitik

**D**ie kommenden Jahre sind von erheblichen Herausforderungen gekennzeichnet, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands prägen werden. Dazu zählen vor allem die demografische Entwicklung, geopolitische Verschiebungen sowie die Dekarbonisierung. Zugleich liegen in neuen Technologien und in der Transformation hin zur Klimaneutralität perspektivisch erhebliche Chancen, die es klug zu nutzen gilt.

Die Bundesregierung greift in ihren aktuellen Berichten zur Finanz- und Wirtschaftspolitik, wie etwa dem Jahreswirtschaftsbericht, den Begriff der Angebotspolitik auf und knüpft damit bewusst an eine über Jahrzehnte geführte Diskussion zur Ausrichtung der makroökonomischen Rahmenbedingungen an. Hierbei geht es nicht um eine Verengung der Wirtschaftspolitik auf Angebotspolitik, sondern um eine zeitgemäße Interpretation angebotspolitischen Denkens im Sinne einer Sozial-ökologischen Marktwirtschaft.

## ZUR MAKROÖKONOMISCHEN AUSGANGSLAGE

Nachdem das Jahr 2022 im Zeichen der Versorgungssicherheit und der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung stand, richtet sich das Augenmerk der Wirtschaftspolitik spätestens mit Beginn des Jahres 2023 verstärkt auf die mittlere

und lange Frist. Um den Wohlstand in Deutschland zu erneuern (vgl. [Jahreswirtschaftsbericht 2023](#)), bedarf es zunächst einer realistischen Perspektive auf die ökonomische Ausgangslage. Hierbei sind vier Faktoren hervorzuheben:

1. Die Einhaltung des Klimaneutralitätsziels bis zum Jahr 2045 erfordert einen tiefgreifenden Umbau der deutschen Wirtschaft, bei der die zentrale Herausforderung in einer effizienten Substitution der wegfallenden fossilen Energie liegt. Hinzu kommen die weiteren Herausforderungen der planetaren Grenzen wie Biodiversität und Zero Pollution.
2. Die demografische Entwicklung führt selbst unter Berücksichtigung einer weiterhin spürbaren Nettozuwanderung mittelfristig zu einem deutlichen Rückgang des Arbeitsvolumens mit möglicherweise negativen Folgen für das Produktionspotenzial.
3. Die im Zuge des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine abgebrochenen Handelsbeziehungen zu Russland haben die Energiekosten direkt und indirekt deutlich erhöht. Dieser negative Angebotsschock führt mindestens temporär zu einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition in Teilen des pro-



duzierenden und insbesondere des energieintensiven Gewerbes. Wenngleich sich die deutsche Wirtschaft als anpassungs- und widerstandsfähig erwiesen hat, gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland auf einer neuen Grundlage zu stärken.

4. Nicht zuletzt durchlebt Deutschland – wie ein Großteil der Staaten weltweit – aktuell eine Phase relativ hoher Inflation. Mit 6,9 Prozent lag die Inflationsrate 2022 so hoch wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland.

Alle genannten Aspekte bergen Risiken für das inflationsbereinigte Pro-Kopf-Einkommen in den kommenden Jahren. Um den Wohlstand in Deutschland zu erneuern, kommt es daher umso mehr auf eine ambitionierte und zielgerichtete Wirtschaftspolitik an.

### ZUR NOTWENDIGKEIT EINER TRANSFORMATIVEN ANGEBOTSPOLITIK

Die beschriebenen Herausforderungen betreffen vorwiegend die Angebotsseite, d. h. Herstellung und Angebot von Waren und Dienstleistungen. Daher ist es sachgerecht, dass die Wirtschaftspolitik den Herausforderungen auch angebotsseitig begegnet. Unspezifische nachfrageseitige Impulse könnten die Bekämpfung der derzeit zu hohen Inflation hingegen erschweren, da die Produktionskapazitäten in Deutschland aufgrund der Begrenzungen etwa durch das Arbeitsangebot bereits weitgehend ausgelastet sind. Ein vorläufiger Verzicht auf gesamtwirtschaftlich bedeutsame Nachfrageimpulse steht dabei allerdings nicht im Widerspruch zu gezielten nachfrageseitigen Anreizen und sozial differenzierten Entlastungsmaßnahmen.



Die hier dargestellte Ausgangslage spricht damit insgesamt für eine neue Phase der Angebotspolitik. Die wirtschaftspolitischen Antworten auf die beschriebenen Herausforderungen sind jedoch nicht in den angebotspolitischen Konzepten der späten 1970er bzw. frühen 1980er Jahre zu finden.<sup>1</sup> Eine zeitgemäße Angebotspolitik muss insbesondere die folgenden vier Zusammenhänge berücksichtigen:

1. Deutschland hat sich – wie andere Länder auch – ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt. Mit der Novelle des Bundesklimaschutzgesetzes im Jahr 2021 hat sich das Ambitionsniveau weiter erhöht. Die Ausgestaltung einer zeitgemäßen Angebotspolitik muss die notwendige Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft beschleunigen und darf den Klimaschutzziele nicht zuwiderlaufen. Eine nicht transformativ ausgerichtete unspezifische Angebotspolitik hätte letztlich zur Folge, dass sich die Handlungslücke im Bereich des Klimaschutzes und anderer ökologischer Ziele noch vergrößern würde. Auch andere ökologische Grenzen müssen eingehalten werden.
2. Neben den heute akuten ökologischen Herausforderungen unterscheidet sich die aktuelle Phase der Wirtschaftspolitik auch deshalb fundamental von der Situation der 1970er oder 1980er Jahre, weil Arbeitslosigkeit heute kein zentrales Problem ist. Anstelle einer steigenden strukturellen Arbeitslosigkeit besteht heute ein demografisch bedingter Engpass vor allem an Fachkräften. Ein angebotspolitisches Maßnahmenbündel muss daher einen besonderen Fokus auf das Arbeitskräfteangebot und die Qualifikation von Fachkräften legen. Auch hier gilt, dass klassische angebotspolitische Maßnahmen, die auf eine undifferenzierte Ausweitung der Produktionskapazitäten abzielen, die Nachfrage nach dem knappen Faktor (Arbeitskräften) noch erhöhen und etwa Personalengpässe in der Klimatransformation verschärfen könnten.
3. Eine Schwäche der angebotspolitischen Ansätze früherer Phasen bestand in ihrer verteilungspolitischen Wirkung. In jenen Ländern, die etwa unter Verweis auf angebotspolitische Rezepte Steuersenkungen bei Unternehmen und Haushalten mit hohen Einkommen vorgenommen haben, zeigte sich meist eine deutliche Zunahme der materiellen Ungleichheit. So genannte Trickle-Down-Effekte haben sich in der Summe nicht eingestellt. Auch in Deutschland hat die Ungleichheit von Löhnen, Einkommen und Vermögen in den vergangenen Jahrzehnten strukturell zugenommen. Zuletzt konnte ein weiterer Anstieg der Einkommens-

<sup>1</sup> Hierbei ist zu betonen, dass trotz eines Aufgreifens der Angebotspolitik als Neuorientierung für die Wirtschaftspolitik durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) bereits Mitte der 1970er Jahre (vgl. JG SVR 1976/77) die praktische Umsetzung zur Angebotspolitik in den 80er Jahren in Deutschland differenzierter und vorsichtiger erfolgt ist als etwa in den USA oder Großbritannien (vgl. etwa JG SVR 1981/82).



ungleichheit – auch durch politisches Handeln – vermieden werden. Allein die gesellschaftspolitische Akzeptanz der Transformation verlangt jedoch, dass eine angebotspolitische Reformagenda nicht zu einer erneuten Zunahme von Ungleichheit führt, sondern eher zu einer verbesserten ökonomischen Teilhabe.

4. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zu bisherigen Phasen einer vorwiegend angebotspolitisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik liegt schließlich in dem grundlegend veränderten geopolitischen Umfeld. So bestehen heute nicht nur im Zuge der Globalisierung in manchen Bereichen deutlich stärkere wirtschaftliche Abhängigkeiten gegenüber einzelnen Drittstaaten, in einigen Fällen zeigen sich zunehmende geopolitische Friktionen und Unsicherheiten. Gleichzeitig ist der globale Wettbewerb zunehmend auch von protektionistischen Maßnahmen geprägt.

Ausgehend von diesen Zusammenhängen ergeben sich grundlegende Leitlinien für die Ausgestaltung weiterer angebotspolitischer Maßnahmen:

Eine moderne, transformative Angebotspolitik sollte

- auf das Ziel der Klimaneutralität ausgerichtet,
- angesichts der gesamtwirtschaftlichen Herausforderungen mit einem Fokus auf das Angebot an Arbeitskräften sowie an erneuerbarer Energie ambitioniert,
- inklusiv bezogen auf die Chancen- und Bedarfsgerechtigkeit sowie
- geopolitisch geschärft und europäisch eingebettet sein.

Eine zeitgemäße angebotspolitische Agenda muss insgesamt im Einklang mit dem Leitbild der Sozial-ökologischen Marktwirtschaft stehen, zu dem sich der Koalitionsvertrag ausdrücklich bekennt. Sie darf den notwendigen Fortschritten bei der Wahrung der ökologischen Grenzen nicht entgegenstehen, sondern sollte die Erneuerung vorantreiben. Gleichzeitig sollten die Maßnahmen Teilhabechancen verbessern und materieller Ungleichheit entgegenwirken.

### AUF DEM WEG ZU EINER TRANSFORMATIVEN ANGEBOTSPOLITIK

Transformative Angebotspolitik setzt auf die Schaffung marktlicher Anreize zur effizienten Allokation knapper Ressourcen in Richtung Zukunftsinvestitionen. Es geht dabei weniger darum, bestehende Produktionsstrukturen auszuweiten, sondern um eine Beschleunigung des Umbaus der Produktionsstrukturen mit dem Ziel eines nachhaltigeren und resilienteren Wohlstands in Deutschland. Damit

der Umbau trotz knapper Produktionsfaktoren gelingen kann, sind weitere Produktivitätssteigerungen von zentraler Bedeutung. Neben einer Wirtschaftspolitik, die auf ein stärkeres Angebot der limitierenden Produktionsfaktoren abzielt, bedarf es daher auch Maßnahmen zur Erhöhung des technischen und nicht-technischen Fortschritts sowie der Arbeits- und Energieeffizienz. Ausgehend hiervon können für die konkrete Ausgestaltung einer transformativen angebotspolitischen Agenda fünf Schwerpunkte zur spezifischen Angebotsausweitung benannt werden:

- Angebot an (qualifizierter) Arbeit stärken
- Ausbau erneuerbarer Energieträger und Energieeffizienz vorantreiben
- Kapazitäten für eine klimaneutrale Industrieproduktion schaffen
- Angebot an klimafreundlichem und bedarfsgerechtem Wohnraum deutlich erhöhen
- Anreize zur Krisenvorsorge und Resilienz stärken

Während eine Ausweitung des Arbeitsangebots u. a. den Abbau von steuerlichen und anderen Fehlanreizen für (potenzielle) Beschäftigte sowie die Entwicklung eines modernen Einwanderungsrechts inklusive der notwendigen institutionellen Voraussetzungen verlangt, erfordern die übrigen Handlungsfelder erhebliche privatwirtschaftliche Investitionen. Zur Mobilisierung dieser Investitionen braucht es in erster Linie Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen: einen effizienten Instrumentenmix aus gezielter Förderung, CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Regulierung mit Augenmaß. Mitnahmeeffekte und ineffektive und unnötige Bürokratie gilt es zu begrenzen. Damit die Rolle der CO<sub>2</sub>-Bepreisung als effizientes Instrument zur dezentralen Lenkung von Investitionen weiter gestärkt werden kann, müssen außerdem administrative Voraussetzungen für Entlastungszahlungen geschaffen werden, die insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen und Vermögen zugutekommen.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Inflation und der relativ hohen Auslastung sollte auf eine unverändert expansive Fiskalpolitik verzichtet werden. Auch in der Priorisierung von öffentlichen Ausgaben liegt eine Chance für mehr Effizienz im Zuge der Transformation. Hier darf die Einengung der haushaltspolitischen Spielräume nicht zu einem Verzicht auf gut begründete Zukunftsinvestitionen führen. Andernfalls könnte nicht nur die Erneuerung des Wohlstands, sondern auch die Rückführung der Inflation gefährdet werden. Die Einnahmenstruktur des Staates muss ebenfalls im Sinne der transformativen Angebotspolitik auf den Prüfstand gestellt werden, um Arbeitsanreize zu stärken und



die Umweltverbräuche sozial gerecht zu reduzieren. Eine pauschale Absenkung der Unternehmenssteuern erscheint angesichts der Knappheit bestimmter Produktionsfaktoren nicht zielführend, vielmehr sollten gezielt transformative Investitionen gestärkt werden. Auch die deutlich verringerten haushaltspolitischen Spielräume, die hohen Ersparnisse im Unternehmenssektor sowie verteilungspolitische Gründe sprechen für ein gezieltes Vorgehen.

Um die notwendige Geschwindigkeit, Flexibilität und Effizienz der Transformationsprozesse zu erreichen, nimmt eine zeitgemäße Angebotspolitik ferner folgende allgemeine Handlungsfelder in den Blick:

- Wettbewerb stärken
- Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen
- Prozessbeschleunigung und Bürokratieabbau umsetzen
- Öffentliche Infrastruktur beschleunigt modernisieren
- Handelsbeziehungen diversifizieren

Im Zuge dieser Handlungsfelder ergeben sich durchaus auch Schnittmengen zu klassischen angebotspolitischen Ansätzen. Allerdings sind bei der konkreten Ausgestaltung weiterer Maßnahmen auch hier die oben genannten Leit-

linien wesentlich. Eine moderne Angebotspolitik muss unter einem verbindlichen ökologischen Ordnungsrahmen stattfinden und verteilungspolitisch sensibel ausgestaltet sein.

Der Ansatz einer transformativen Angebotspolitik spiegelt sich bereits in vielen konkreten Maßnahmen wider, die das BMWK und die Bundesregierung ergriffen haben oder planen (vgl. [Jahreswirtschaftsbericht 2023](#)). Die Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, die wirtschaftspolitische Flankierung der Dekarbonisierung des Industriesektors, die Stärkung des Wettbewerbsprinzips mit der jüngsten Novellierung des Wettbewerbsrechts oder die Maßnahmen im Rahmen der Fachkräftestrategie sind nur einige Beispiele. Angesichts der Größenordnung der bevorstehenden Herausforderungen werden jedoch weitere Schritte im Sinne einer zeitgemäßen Angebotspolitik nötig sein. —

#### KONTAKT

*Dr. Elga Bartsch, Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik*

*Dr. Johannes Vatter, Referat Grundsatzfragen der  
Wirtschaftspolitik*

[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)



i

KURZ &amp; KNAPP

## Initiative „FRAUEN unternehmen“: MINT und Handwerk als neue Schwerpunkte

**A**m 1. Februar dieses Jahres ging die 2014 ins Leben gerufene BMWK-Initiative „FRAUEN unternehmen“ in ihre dritte Laufzeit. Ziel der Initiative ist es, Mädchen und Frauen für das Berufsbild Unternehmerin zu begeistern und sie zur beruflichen Selbstständigkeit zu ermutigen. Dazu wurde ein Netzwerk mit inzwischen rund 235 Vorbild-Unternehmerinnen aus ganz Deutschland geknüpft. Die Unternehmen und Branchen sind so vielfältig wie die in der Initiative ehrenamtlich engagierten Unternehmerinnen selbst.

### VIELFÄLTIGE ANGEBOTE DER VORBILD-UNTERNEHMERINNEN

Die Angebote von „FRAUEN unternehmen“ richten sich an Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen sowie an regionale und kommunale Einrichtungen wie Kammern, Wirtschaftsförderer, Gleichstellungsstellen und weitere regionale Multiplikatoren. Die Vorbild-Unternehmerinnen inspirieren und teilen ihre Erfahrungen auf ganz unterschiedliche Weise: Manche veranstalten Workshops oder halten Vorträge, andere bieten Praktika an, sind auf Messen vertreten oder beteiligen sich an Aktionstagen wie dem Girls' Day. Auch gibt es Roadshows, Pop-up-Events oder ein digitales Escape-Game, das sich

spielerisch dem Thema „Gründungen“ widmet.

Zentrale Anlaufstelle der Initiative ist eine vom BMWK eingerichtete und finanzierte Geschäftsstelle, welche die jährlich rund 400 Aktivitäten der Vorbild-Unternehmerinnen koordiniert. Darüber hinaus ist sie Informations- und Servicestelle für alle Vorbild-Unternehmerinnen und alle an der Initiative Interessierten. In einem öffentlichen Vergabeverfahren erhielt die Bietergemeinschaft Prospektiv GmbH/B3-Beyrow Business Beratung aus Nordrhein-Westfalen Anfang des Jahres erneut den Auftrag, die Geschäftsstelle zu betreuen.

### FOKUS AUF MINT UND HANDWERK

Mit der neuen Laufzeit bis 2025 sind neue Schwerpunkte verbunden. So soll der Kreis der Vorbild-Unternehmerinnen gezielt erweitert werden. Dabei liegt der Fokus insbesondere auf Unternehmerinnen aus den Bereichen MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), Digitalwirtschaft und gewerblich-technisches Handwerk. Außerdem sollen mehr Unternehmerinnen aus den bislang unterrepräsentierten Regionen in Ostdeutschland gewonnen werden.

Ferner gilt es, das Thema „weibliches Unternehmertum“ stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und Netzwerkaktivitäten zu fördern.

### AKTIONSPLAN ZUR FÖRDERUNG VON UNTERNEHMERINNEN

„FRAUEN unternehmen“ ist ein zentrales Element der neuen BMWK-Initiative „Frauen in Mittelstand, Handwerk, Gründungen und Start-ups“, die im September 2022 unter Leitung der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner sowie des Mittelstandsbeauftragten und Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Kellner gestartet ist. Im Rahmen dieser Initiative entsteht derzeit gemeinsam mit verschiedenen Partnern ein Aktionsplan zur Förderung von Unternehmerinnen im Mittelstand. Er wird der Öffentlichkeit voraussichtlich in den kommenden Monaten vorgestellt.

#### KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Dr. Sibylle Hallik  
Referat: Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Mittelstandspolitik

[www.bmwk.de/frauen-unternehmen](http://www.bmwk.de/frauen-unternehmen)  
[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)



# Neue Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter

Wie sich der demografische Wandel bemerkbar macht

**F**ür fundierte privatwirtschaftliche und politische Entscheidungen, wie zum Beispiel Investitionsentscheidungen in Schulinfrastrukturen oder die Einnahmen- und Ausgabenplanung der Sozialversicherungen, sind zuverlässige, transparente und gut begründete Informationen über zukünftige demografische Entwicklungen von besonderer Bedeutung. Die Entwicklung der Bevölkerung zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt wird durch drei Komponenten vollständig bestimmt: Geburten, Todesfälle und Migration. Demografische Entwicklungen lassen sich in gewisser Hinsicht gut vorausberechnen, da bestimmte Elemente der Zukunft bereits heute bekannt sind. So wird die Anzahl der 55- bis 64-Jährigen in zehn Jahren stark von der Anzahl der 45- bis 54-Jährigen heute beeinflusst: Sie ergibt sich als Saldo aus Zu- und Fortzügen in dieser Altersgruppe während der zehn Jahre abzüglich der Todesfälle. Einschränkend ist allerdings hinzuzufügen, dass Wanderungsbewegungen vergleichsweise volatil und schwierig vorherzusagen sind.

## WIE DIE STATISTISCHEN ÄMTER DIE DEMOGRAFISCHEN ENTWICKLUNGEN BERECHNEN

In Deutschland stellen die Statistischen Ämter Informationen über mögliche zukünftige demografische Entwicklungen in den so genannten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen bereit. Diese Vorausberechnungen sind nicht als Prognosen zu verstehen, da die einzelnen Szenarien nicht mit Eintrittswahrscheinlichkeiten versehen werden können. Sie sind vielmehr als mögliche Entwicklungen zu interpretieren, die eintreten können, falls die zugrundeliegenden (plausibel gewählten) Annahmen sich bewahrheiten sollten.

Das Statistische Bundesamt (StBA) hat am 2. Dezember 2022 eine neue (koordinierte) Bevölkerungsvorausberechnung (15. KBV) vorgestellt. Sie zeigt die erwarteten mittel- und langfristigen Entwicklungen bis in das Jahr 2070 für Deutschland und die Bundesländer. Mögliche künftige Bevölkerungsentwicklungen für Deutschland werden anhand von 21 Varianten (9 Hauptvarianten) dargelegt. Diese unterscheiden sich in den Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und zu Wanderungsbewegungen. Zuletzt hatte das StBA im Jahr 2019 eine koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung erstellt. Dieser Artikel präsentiert Annahmen und Ergebnisse der 15. KBV und stützt sich dabei auf die Arbeiten der Statistischen Ämter.

Gegenüber der letzten KBV hat sich der Zeithorizont um zehn Jahre verlängert und die Wanderungsszenarien unterstellen etwas höhere Nettozuwanderungszahlen, was die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts widerspiegelt. Dementsprechend sind die Vorhersagen im Hinblick auf den erwarteten Bevölkerungsrückgang in der 15. KBV etwas vorsichtiger. Möglich ist bei hoher Zuwanderung sogar eine Zunahme der Bevölkerung bis 2070, wobei das Erwerbspersonenpotenzial (Personen im Alter von 20-66 Jahren) in allen Varianten sinken wird.

## AUSGANGSSITUATION UND ANNAHMEN DER BEVÖLKERUNGSVORAUSBERECHNUNG

Die 15. KBV basiert auf dem Bevölkerungsstand vom 31. Dezember 2021. Zu diesem Zeitpunkt lebten 83,2 Millionen Menschen in Deutschland (Ende 2022: voraussichtlich 84,3 Millionen). Die Ausgangssituation der 15. KBV ist – neben der fortgeschrit-



tenen Alterung der Bevölkerung – geprägt durch zwei aktuelle Entwicklungen: die Corona-Pandemie, die mit Veränderungen bei der Sterblichkeit, Fertilität und dem Wanderungsgeschehen einherging, sowie ab 2022 der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der zu einer besonders hohen Zuwanderung geführt hat.

Die in Deutschland stark besetzten Jahrgänge 1955 bis 1970 („Baby-Boomer“-Generation) befinden sich mittlerweile im höheren Erwerbsalter bzw. in der Phase des Renteneintritts. Diese Entwicklung wird sich bis zum Ende der 2030er-Jahre fortsetzen. Die Gruppe der Menschen im Alter ab 70 Jahren ist zwischen 1990 und 2021 von 8,0 Millionen auf 13,5 Millionen Personen gestiegen.

Für die 15. KBV wurden im Hinblick auf die Einflussfaktoren Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungssaldo jeweils drei Annahmen getroffen. Auf Basis der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit der letzten Jahre variiert die Annahme diesbezüglich zwischen 1,44 Kindern je Frau („niedriges Niveau“) und 1,67 („hohes Niveau“). In Bezug auf die Lebenserwartung bei Geburt ist für den Fall eines geringen Anstiegs mit 82,6 Jahren bei den Männern und 86,1 Jahren bei den Frauen und für den Fall eines starken Anstiegs mit 86,4 Jahren bei den Männern und 90,1 Jahren bei den Frauen bis 2070 zu rechnen. Interessant ist hierbei, dass sich die Zunahme der Lebenserwartung seit 2010 verlangsamt hat, nachdem sie über Jahrzehnte kontinuierlich angestiegen ist. Im Zuge der Corona-Pandemie kam es 2020 und 2021 sogar zu einer Verringerung der Lebenserwartung. Dennoch geht die 15. KBV davon aus, dass die Lebenserwartung in Deutschland ab dem Jahr 2023 wieder weiter ansteigen wird.

Die Entwicklung des Wanderungssaldos nach Deutschland wird durch viele Faktoren beeinflusst, wie Migrationspotenzial und Migrationsdruck in den Herkunftsgebieten, wirtschaftliche Attraktivität und Stabilität Deutschlands sowie die deutsche und europäische Migrationspolitik und rechtliche Rahmenbedingungen, und ist daher nur schwer prognostizierbar (vgl. dazu bspw. Heidland u. a., 2021). Bei der Festlegung der Annahmen zur Nettozuwanderung wurde davon ausgegangen, dass angesichts des erwarteten hohen Fachkräftebedarfs (vgl. Zika u. a., 2022) eine daran orientierte Einwanderungspolitik mit entsprechender Arbeitsmigration erfolgt. Außerdem wurde angenommen, dass das Abwanderungspotenzial aus den bisher wichtigsten Herkunftsregionen (Ost- und Südosteuropa), aber auch aufgrund der Alterung der Bevölkerung in diesen Ländern abnehmen könnte und dass es weiterhin Zuwanderung von

Schutzsuchenden geben wird. Auf Basis dieser Vorüberlegungen liegen die Annahmen der 15. KBV bezüglich des Wanderungssaldos in Deutschland zwischen einer Nettozuwanderung in Höhe von insgesamt 9 bis 19,7 Millionen Personen bis zum Jahr 2070.<sup>1</sup>

### RÜCKGANG DER GEBURTEN KANN DURCH ZUWANDERUNG ZUMINDEST TEILWEISE KOMPENSIERT WERDEN

Die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung zeigen, dass das Geburtendefizit (mehr Sterbefälle als Geburten) in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten bestehen bleibt. Ohne Zuwanderung würde das Geburtendefizit bei moderater Entwicklung von Geburtenhäufigkeit und Lebenserwartung zwischen 2021 und 2055 von 230.000 auf 540.000 zunehmen und anschließend wieder etwas sinken. Die Zahl der Sterbefälle wird sich für längere Zeit auf über 1 Million Fälle pro Jahr belaufen, da die geburtenstarken Jahrgänge im Vorausberechnungszeitraum in das hohe Alter aufrücken.

Je nach Annahmen zur Entwicklung des Wanderungssaldos kann die Bevölkerungszahl ab 2023 sowohl zu- als auch abnehmen: Bei niedrigem Wanderungssaldo würde die Gesamtbevölkerung bereits ab 2023 bzw. 2024 zurückgehen, bei moderatem Saldo ab 2030. In Szenarien mit einem sehr hohen Wanderungssaldo könnte die Bevölkerungszahl im gesamten Vorausberechnungszeitraum steigen. Die Spannweite der berechneten Bevölkerungszahl im Jahr 2070 liegt in den Hauptvarianten zwischen 73,5 Millionen bis 90,9 Millionen Menschen.

Die Fertilität hat in den Szenarien einen wesentlich geringeren Einfluss auf die Bevölkerungszahl als die Nettozuwanderung. Das liegt daran, dass größere Veränderungen für unwahrscheinlich gehalten werden und seit der letzten Phase des Absinkens von Mitte der 60er- bis Mitte der 70er-Jahre (sog. „Pillenknick“) auch nicht mehr beobachtet wurden. Im Vergleich zur moderaten Geburtenentwicklung würde ein Ansteigen (Absinken) der Geburtenhäufigkeit zur Erhöhung (Rückgang) der Bevölkerungszahl im Jahr 2070 um 2,8 Millionen (2,9 Millionen) führen. Die Auswirkungen unterschiedlicher Annahmen zur Lebenserwartung auf die Bevölkerungszahl sind noch geringer. Bei einem niedrigen Anstieg der Lebenserwartung würde die Bevölkerungszahl 2070 um 1,8 Millionen geringer sein als bei einem mittleren Anstieg, bei einem starken Anstieg um 1,7 Millionen höher.

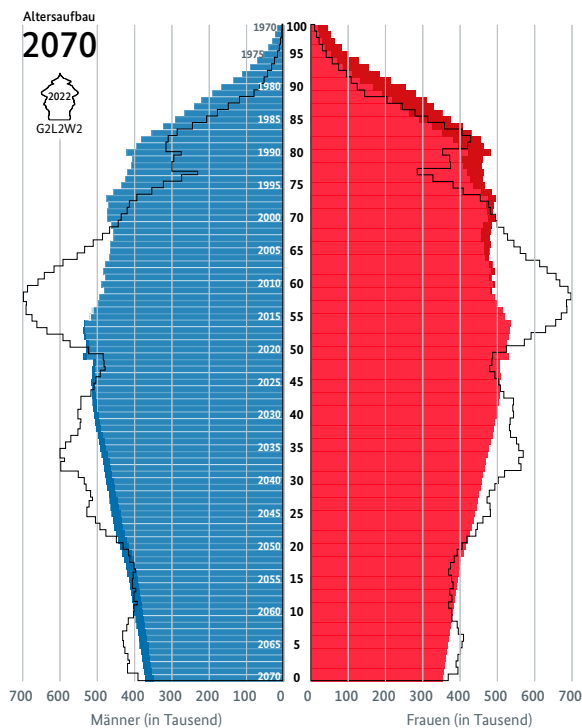


<sup>1</sup> Die Annahmen in Bezug auf die Geburtenhäufigkeit (G), die Lebenserwartung (L) und den Wanderungssaldo (W) werden je nach Ausprägung niedrig, mittel oder hoch mit den Ziffern 1, 2 oder 3 bezeichnet, so dass die in jeder Hinsicht mittlere Variante als G2-L2-W2 bezeichnet wird.

## DER ALTERSAUFBAU WIRD SICH IN DEN NÄCHSTEN JAHRZEHNEN STARK VERÄNDERN

Der Altersaufbau (siehe Abbildung 1) der Bevölkerung wird sich spürbar verändern und die Größenrelationen zwischen den einzelnen Altersgruppen werden sich deutlich verschieben. Die stark besetzten Jahrgänge („Baby-Boomer“) erreichen zunächst das Seniorenalter und sind dann schließlich in der Alterspyramide nicht mehr enthalten, während zahlenmäßig immer kleinere jüngere Geburtsjahrgänge aufrücken. Die kleineren Bäuche in der 2070er-Pyramide rund um die Altersjahre 70-75 und 50-55 sind Kinder und Enkel der „Baby-Boomer“. Die Delle im Alter zwischen 75 und 80 dürfte ein Sondereffekt der Wiedervereinigung sein.

**ABBILDUNG 1: BEVÖLKERUNG NACH ALTERSJAHREN UND GESCHLECHT 2070**



Quelle (Daten und Darstellung): Statistisches Bundesamt; Werte aus 15. KBV, Variante 2: Moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und des Wanderungssaldos (GZL2W2). Die Jahreszahlen neben den Altersgruppen geben den Geburtsjahrgang der jeweiligen Altersgruppe für die Pyramide für das Jahr 2070 an. Die dunkelblaue Schattierung kennzeichnet einen Männerüberschuss, die dunkelrote einen Frauenüberschuss. Die schwarzen Linien sind die Bevölkerungspyramide für 2022.

Der Anteil der unter 20-Jährigen wird bis Anfang der 2030er-Jahre voraussichtlich stabil bei etwa 19% bleiben, bis zum Jahr 2070 wird er (je nach unterstellter Geburtenrate und Lebenserwartung) zwischen 17% und über 20% liegen (siehe Abbildung 2). Der Jugendquotient, der derzeit bei 30 liegt (auf 100 Personen im Erwerbsalter 20-66 kommen 30 Personen unter 20 Jahren), wird auf 33 bis 35 im

Jahr 2035 steigen und danach je nach Variante sinken oder leicht steigen (2070: 31 bis 36).

Der Anteil der Menschen im Erwerbsalter 20 bis unter 67 sinkt in den nächsten 15 Jahren in allen Varianten der 15. KBV deutlich von derzeit 61,8% auf 56 bis 57% im Jahr 2037. Bis 2070 wird er sich bei moderater demografischer Entwicklung bzw. jüngerer Altersstruktur stabilisieren, bei einer Entwicklung mit relativ alter Altersstruktur weiter auf 54% sinken.

Der Anteil der 67-Jährigen und Älteren steigt in allen Hauptvarianten der 15. KBV besonders steil von derzeit 19,6% auf 23 bis 26% bis 2040. Nur bei hohen Geburtenraten und einem geringen Anstieg der Lebenserwartung würde er dann in etwa gleichbleiben, ansonsten steigt er – deutlich langsamer – weiter auf bis zu 30% im Jahr 2070. Der Anteil der Hochaltrigen ab 80 Jahren (2021: 7%) wird bis 2050 auf bis zu 12% und im Jahr 2070 auf bis zu 14% zunehmen. Der Altenquotient (Verhältnis von über 66-Jährigen zu 20–66-Jährigen) entwickelt sich ähnlich: steiler Anstieg von derzeit 32% auf 41 bis 46% bis 2038. Im Jahr 2070 liegt er je nach Annahme zwischen 39% bis 56%.

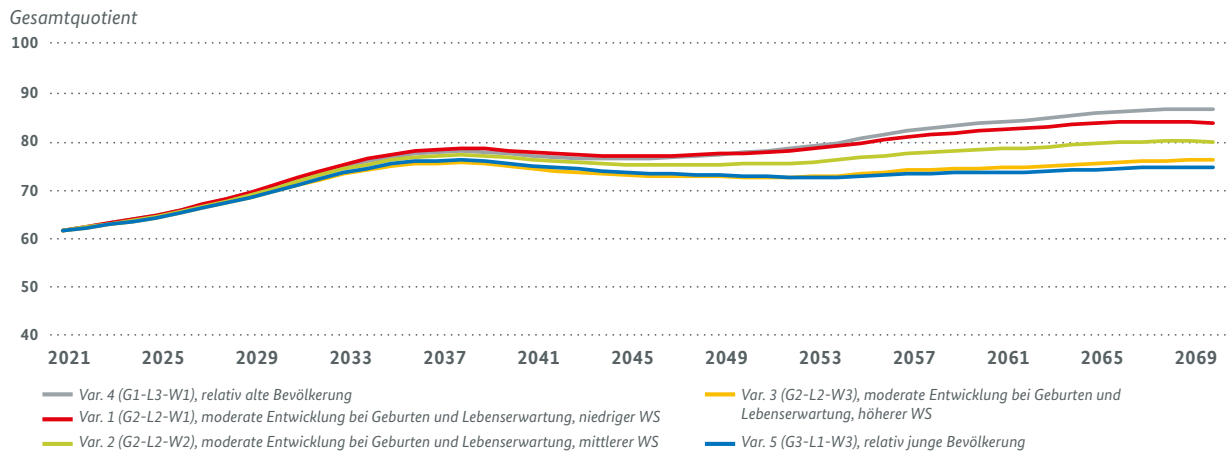
**ABBILDUNG 2: BEVÖLKERUNG NACH ALTERSGRUPPEN**



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung; 2021 Bevölkerungsfortschreibung, ab 2030 15. KBV, Variante 2: Moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und des Wanderungssaldos (GZL2W2)



**ABBILDUNG 3: GESAMTQUOTIENT – ANZAHL DER PERSONEN IM ALTER, DIE ÜBLICHERWEISE NICHT IM ERWERBSLEBEN STEHEN, JE 100 PERSONEN IM ERWERBSALTER 20 BIS UNTER 67**



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung; 2021 Bevölkerungsfortschreibung, ab 2022 15. KBV. WS steht für Wanderungssaldo

### DER GESAMTQUOTIENT NIMMT BIS 2030 DEUTLICH ZU UND KÖNNTE DANACH WIEDER FALLEN

Der Gesamtquotient – also das Verhältnis der Bevölkerungsanteile, die üblicherweise nicht im Erwerbsleben stehen, zu den Bevölkerungsanteilen im Erwerbsalter 20 bis unter 67 – wird in allen Varianten mindestens bis Ende der 2030er-Jahre deutlich zunehmen. Im Jahr 2021 standen 100 Personen im Erwerbsalter 62 potenziell zu Versorgenden gegenüber, 2038 werden es 79 sein (geringe Zuwanderung). Bei steigender Geburtenhäufigkeit, dauerhaft hoher Nettozuwanderung und geringer steigender Lebenserwartung wird sich dieses Verhältnis nach 2038 leicht entspannen und 2070 schließlich bei 75 liegen, bei moderater Entwicklung würde der Wert in etwa konstant bleiben, andernfalls auf bis zu 87 klettern.

Bereits von 2018 bis 2021 ist die Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 67) um 370.000 Personen gesunken. Im Jahr 2021 waren 51,4 Millionen Menschen zwischen 20 und 66 Jahre alt. Für 2022 wird aufgrund der hohen Zuwanderung aus der Ukraine wieder mit einem Plus gerechnet. Das Erwerbspersonenpotenzial würde sich ohne Zuwanderung bis Mitte der 2030er-Jahre dramatisch verringern (um 7,9 Millionen; bis 2040 rund 9 Millionen). Zwischen 2022 und 2040 müssten jährlich etwa 490.000 Menschen im Alter zwischen 20 und 66 Jahren nach Deutschland zuwandern, um die zu erwartende Schrumpfung des Erwerbspotenzials auszugleichen.

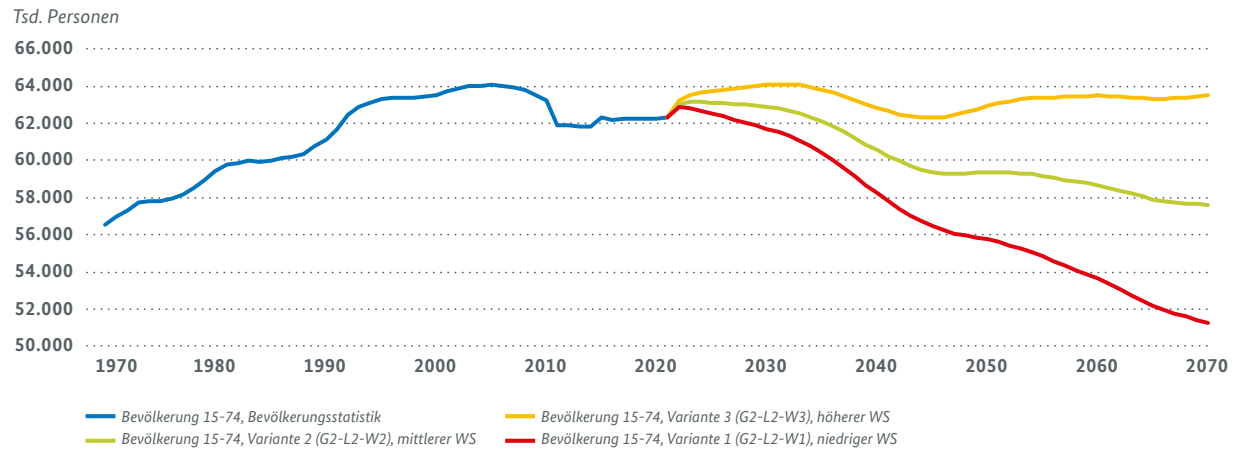
Bei einer moderaten Entwicklung von Geburtenhäufigkeit und Lebenserwartung wird nach den Ergebnissen der 15. KBV die Zahl der Menschen im Erwerbsalter (20-66) bis 2035

abnehmen, je nach Annahme zur Nettozuwanderung um 1,6 Millionen (hoch), um 3,2 Millionen (moderat) oder 4,8 Millionen (niedrig). Nach 2037 wird mit einer mehrjährigen Stabilisierungsphase auf dem jeweiligen Niveau gerechnet. Im Jahr 2070 würden zwischen 40,5 und 50,9 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 66 Jahren sein. Jede Absenkung des Renteneintrittsalters um ein Jahr hätte dabei rein rechnerisch eine Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials um etwa 700.000 bis 1 Million Menschen zur Folge.

### FAZIT: FACHKRÄFTE- UND EINWANDERUNGS-STRATEGIEN VON ZENTRALER BEDEUTUNG

Für die Ermittlung des Erwerbspersonenpotenzials nach internationaler Definition, das auch in die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung einfließt, wird die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 75 Jahren herangezogen. Die Ergebnisse der 15. KBV zeigen, dass in dieser Abgrenzung ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung bei einer geringen Zuwanderung ab dem Jahr 2027 und bei mittlerer Wanderungsannahme ab dem Jahr 2035 zu erwarten wäre, jeweils bezogen auf das Jahr 2021 (siehe Abbildung 4). In beiden Szenarien setzt sich der Rückgang bis zum Ende des Projektionszeitraums fort. Im Jahr 2070 wäre das Erwerbspersonenpotenzial um rund 11,1 Millionen (geringe Nettozuwanderung) bzw. 4,7 Millionen (moderate Nettozuwanderung) niedriger als im Jahr 2021. In der Variante, die eine höhere Nettozuwanderung (jahresdurchschnittlich 400.000) unterstellt, läge das Erwerbspotenzial im Jahr 2070 dagegen um 1,2 Millionen höher als im Jahr 2021. Nach einem weiteren Anstieg bis Anfang der 2030er-Jahre würde bis Mitte der



**ABBILDUNG 4: ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNG IM ERWERBSFÄHIGEN ALTER 15 BIS 74 JAHRE, 1970 – 2070**

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung; bis 2021 Bevölkerungsfortschreibung, ab 2011: auf Grundlage des Zensus 2011, ab 2022 15. KBV. WS steht für Wanderungssaldo

2040er-Jahre ein leichter Rückgang einsetzen, gefolgt von erneuten Anstiegen bzw. einer Stabilisierung bis Ende des Vorausberechnungszeitraums. Der Übergang der Kohorten der sog. „Baby-Boomer“ in das Rentenalter in den kommenden 15 Jahren wird einen merklich dämpfenden Effekt auf das Erwerbspotenzial in Deutschland haben. Eine höhere Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften und die Aktivierung inländischer Erwerbspotenziale, wie bspw. eine höhere Erwerbsbeteiligung und längere Erwerbszeiten, könnten dem Absinken des Erwerbspersonenpotenzials entgegenwirken. Die Bundesregierung hat daher zusätzlich zu den bereits bestehenden Bemühungen in diesem Bereich im Oktober 2022 eine branchenübergreifende Fachkräftestrategie verabschiedet und im März 2023 gesetzliche und untergesetzliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung im Kabinett beschlossen. —

#### KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Silke Mossier, Alfred Garloff, Martin Weissenberger  
 Referat: Wachstum; Demografie; Statistik

[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)

Literatur und Internetressourcen:

[www.destatis.de/bevoelkerungsvorausberechnung](http://www.destatis.de/bevoelkerungsvorausberechnung)

Heidland, Tobias, Jannsen, Nils, Groll, Dominik, Kalweit, René und Boockmann, Bernhard (2021): Analyse und Prognose von Migrationsbewegungen, Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Nr. 34.

Zika, Gerd; Bernardt, Florian; Hummel, Markus; Kalinowski, Michael; Maier, Tobias; Mönnig, Anke; Schneemann, Christian und Wolter, Marc Ingo (2022): Auswirkung des Strukturwandels für die Bundesländer in der langen Frist – Qualifikations- und Berufsprojektion bis 2040. (IAB-Forschungsbericht 22/2022), Nürnberg.



# Erfolgreicher reformieren mit europäischer Förderung

TSI – das EU-Instrument für technische Unterstützung

Voneinander lernen im Rahmen eines Verwaltungsaustausches, fundierte Expertise beratend hinzuziehen oder eine hilfreiche Studie durchführen: Das sind nur drei Beispiele für technische Hilfen, die das europäische Instrument für technische Unterstützung (Technical Support Instrument – TSI) leistet. Das TSI unterstützt nationale Behörden bei der Umsetzung von institutionellen, administrativen und strukturellen Reformen. Verwaltungen auf allen Ebenen – einschließlich der Länder und Regionen – sind gleichermaßen zur Antragstellung aufgerufen. Die geleistete Unterstützung kann sämtliche Phasen des Reformprozesses abdecken: Bedarfsermittlung, Konzeption, Durchführung sowie Überwachung und Bewertung der Ergebnisse. Sie kann beispielsweise in Form von Strategie- und Rechtsberatung, Studien, Schulungen, Datenerhebungen oder Expertenbesuchen vor Ort erfolgen.

## HOHER BEDARF AN STRUKTURREFORMEN ANGESICHTS MULTIPLER KRISEN

Angesichts multipler Krisen zeigt sich insbesondere ein höherer Bedarf an wachstumsfördernden Verwaltungs- und Strukturreformen. Dies lassen auch viele der aktuell geförderten TSI-Projekte erkennen, die beispielsweise der Klima-

krise begegnen und die Covid-19-Pandemie oder Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine adressieren. Das TSI unterstützt die EU-Mitgliedstaaten vor Ort, sich von den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Krisen zu erholen, Probleme anzugehen, die Qualität öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern sowie ein nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum zu fördern. Damit ist das TSI eine wertvolle Ergänzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds und trägt zur Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts bei.

### Beispiele für technische Unterstützung durch das TSI bzw. das Vorgängerprogramm in Deutschland

#### Bekämpfung von Waldbränden:

Der Freistaat Sachsen wird im laufenden Jahr 2023 eine TSI-Förderung für Aktivitäten zur Prävention und Bekämpfung von Waldbränden erhalten und hierfür vor allem mit tschechischen Behörden an gemeinsamen Lösungen arbeiten. Darüber hinaus setzt die Europäische Kommission zu diesem Thema im Rahmen von „TSI Wildfires“ wertvolle TSI-Aktivitäten insbesondere in Portugal fort.





### Hochschulentwicklung und wissenschaftliche Weiterbildung

Das Land Brandenburg erhielt technische Unterstützung bei der Erarbeitung eines neuen Hochschulentwicklungsplans zur Deckung des Fachkräftebedarfs sowie bei der Klärung beihilferechtlicher Fragen im Rahmen der wissenschaftlichen Weiterbildung (Ausschreibungsrunde SRSP-2020).

### Genommedizin

Durch das TSI wurde die Umsetzung der Nationalen Strategie für Genommedizin (genomDE) des Bundesministeriums für Gesundheit bei wichtigen Projektherausforderungen begleitet (Ausschreibungsrunde SRSP-2020).

## PROJEKTE FÜR GEMEINSAME HERAUSFORDERUNGEN

Technische Unterstützung wird auf Antrag der Mitgliedstaaten in einer Vielzahl von Politikbereichen geleistet. Das können zum Beispiel Projekte sein, die zur Umsetzung von EU-Recht notwendig sind. In Frage kommen etwa zudem Bereiche, die im Nationalen Reformprogramm oder in den Länderspezifischen Empfehlungen des Rates an die Mitgliedstaaten genannt werden. Die Mitgliedstaaten können außerdem im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität Unterstützung bei der Ausarbeitung, Umsetzung und Überarbeitung ihrer nationalen Aufbau- und Resilienzpläne anfordern.

## REFORMBEREICHE DES TSI

Verwaltung der öffentlichen Finanzen, Steuerpolitik und Steuerverwaltung

Governance, öffentliche Verwaltung und Rechtsstaatlichkeit

Geschäftsumfeld, Wachstum, Handel und Investitionen

Arbeitsmarkt, Bildung und soziale Dienste, einschließlich Migrationsmanagement und Integration

Gesundheit, Wohlfahrt und Kinderbetreuung

Grüne und digitale Politik

Finanzsektor und Zugang zu Finanzmitteln

Daten und Statistiken

Vorbereitung auf die Mitgliedschaft in der Eurozone

Öffentliche Gesundheit, Sicherheitsrisiken, Dienstkontinuität

Für die bevorstehende Ausschreibungsrunde TSI-2024 wird die Europäische Kommission zudem zum dritten Mal vorstrukturierte Flagship-Projekte festlegen. Hierbei handelt es sich um vorab definierte Vorzeigevorhaben, für die bereits in Teilen vorausgefüllte TSI-Anträge zur Verfügung stehen. Dies soll die Antragstellung erleichtern, aber auch den Fokus auf Politikbereiche lenken, die die Europäische Kommission auf Basis bisheriger Erfahrungen oder aktueller politischer Entwicklungen als einen besonderen Schwerpunkt sieht.

In der Ausschreibungsrunde TSI-2022 wurden fast 50 Prozent der Anträge im Rahmen dieser Flagship-Projekte umgesetzt. Für TSI-2023 hatte die Europäische Kommission sechs thematische Schwerpunkte festgelegt: (i) Soziale und territoriale Kohäsion, (ii) digitale Transformation, (iii) Gesundheit und wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz, (iv) grüne Transformation, (v) Next Generation und (vi) intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Letztlich werden derzeit im Rahmen der Ausschreibungsrunde TSI-2023 Projekte im Rahmen von 13 Flagships unterstützt, welche sich auf die thematischen Schwerpunkte beziehen.

Für die Ausschreibungsrunde TSI-2024 hat die Europäische Kommission vierzehn Vorschläge zirkuliert und zur Diskussion gestellt. Diese werden im Mai 2023 zur Eröffnung der neuen Antragsrunde veröffentlicht. Die Bundesregierung hat sich dabei unter anderem für die Fortsetzung des Flagships „Public Administration Cooperation Exchange“ (PACE) eingesetzt, welches in diesem Jahr erstmals umgesetzt wird.

### PACE: EU-weiter Austausch öffentlicher Verwaltungen

Mit dem Flaggschiffprojekt PACE unterstützt das TSI den Austausch zwischen Mitarbeitenden der Behörden der EU-Mitgliedstaaten. Dabei zielt PACE auf die Verbesserung von Verwaltungskompetenzen durch Zusammenarbeit zwischen öffentlich Bediensteten (Public Sector Expertise). Diese Initiative ist insbesondere an die nächste Generation politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger gerichtet. Es bietet Gelegenheit, neue Arbeitsmethoden und die Kultur öffentlicher Verwaltung in anderen Mitgliedstaaten kennenzulernen. Der Austausch besteht aus bis zu drei Hospitationen von je ein bis drei Wochen. Im Jahr 2023 werden laut der Europäischen Kommission rund 300 Bedienstete innerhalb von rund 70 Austauschvorhaben zwischen 18 EU-Mitgliedstaaten unterstützt.

Weitere Informationen finden sich unter: [www.eu/pace](http://www.eu/pace)



## 864 MILLIONEN EURO FÜR TECHNISCHE HILFEN

Die EU stellt für das TSI im Mehrjährigen Finanzrahmen für 2021 bis 2027 insgesamt 864 Millionen Euro bereit. Das TSI setzt damit das bewährte Vorgängerprogramm zur Unterstützung von Strukturreformen SRSP (Structural Reform Support Programme, Zeitraum: 2017 bis 2020, Budget: 222,8 Millionen Euro) fort. Das SRSP wurde damals aufbauend auf den Erfahrungen mit den technischen Hilfen für Griechenland im Rahmen der Schuldenkrise entwickelt.

EU-weit wurden laut der Europäischen Kommission durch das TSI und das Vorgängerprogramm SRSP seit dem Jahr 2017 bislang mehr als 1.500 Projekte unterstützt. In den vergangenen drei Jahren wurden 773 Projekte realisiert. Mit der gerade abgeschlossenen Ausschreibungsrunde TSI-2023 werden im Laufe des Jahres 151 neue Projekte hinzukommen.

Das TSI erfordert keine Kofinanzierung seitens der Mitgliedstaaten. Es werden aber auch keine direkten Zahlungen an die Mitgliedstaaten geleistet. Denn grundsätzlich geht es nicht um Projektförderung, sondern vielmehr um Unterstützungsleistungen bei der Umsetzung von Reformprojekten. Die geförderten Vorhaben haben den Charakter technischer Unterstützung durch die Europäische Kommission und/oder beauftragte Dritte (z. B. aus dem Privatsektor, die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, GIZ, oder internationale Organisationen). Nach Genehmigung eines TSI-Antrags entscheidet die Europäische Kommission in Absprache mit der beantragenden Behörde über den jeweils passendsten Partner.

## TSI UNBÜROKRATISCH UND BEDARFSORIENTIERT NUTZEN

Die Unterstützung durch das TSI ist bedarfsorientiert. Dies bedeutet, sie wird ausschließlich auf Antrag mindestens eines Mitgliedstaates geleistet und ist auf dessen Bedürfnisse zugeschnitten. Mitgliedstaaten können für eigene TSI-Projekte Anträge einreichen (Einzelantrag) oder sich an einem Mehrländerantrag beteiligen bzw. diesen initiieren. Insbesondere für grenznahe Regionen können sich TSI-Beteiligungen aufgrund der geografischen Lage und gemeinsamer grenzüberschreitender Fragestellungen und Herausforderungen lohnen. Aber auch im Rahmen von Städtepartnerschaften können gemeinsame Projekte entstehen. Mehrländervorhaben werden zunehmend nachgefragt und machen laut der Europäischen Kommission 2023 rund 28 Prozent aller TSI-Vorhaben aus (33 Projekte zwischen Mitgliedstaaten und zehn zwischen Regionen).

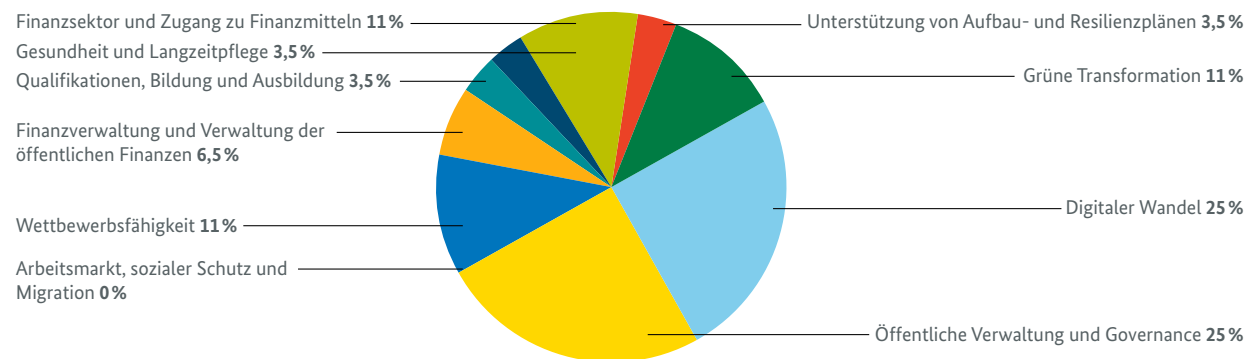
## TSI IN DEUTSCHLAND

Durch das SRSP und das TSI wurden bis heute **28 deutsche Projekte** mit folgenden politischen Schwerpunkten unterstützt (siehe Grafik unten).

Für dieses Jahr wurden circa 60 Prozent der von Deutschland eingereichten Anträge durch die Europäische Kommission bewilligt. Das TSI wird elf deutsche Vorhaben im Umfang von rund einer Million Euro finanzieren:

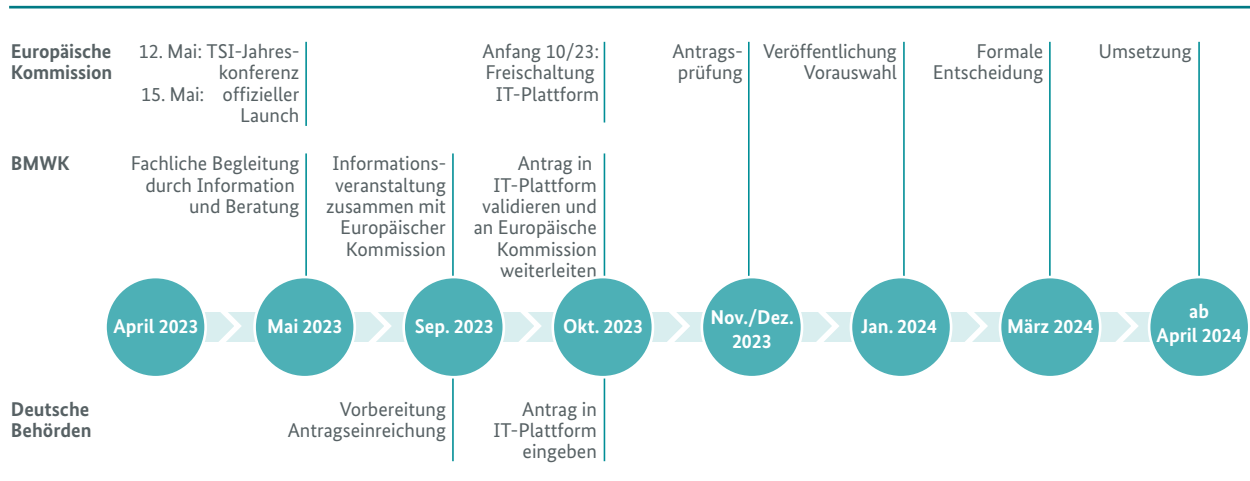
- Das Bundesministerium der Finanzen wird zur Stärkung des Rahmens für die Ausgabenüberprüfung (Spending Review) durch eine Ist-Analyse unterstützt.

## GENEHMIGTE PROJEKTE ZUR REFORMUNTERSTÜTZUNG IN DEUTSCHLAND NACH POLITIKBEREICHEN 2018–2023



Quelle: Europäische Kommission





- Der Freistaat Sachsen wird vor allem mit der Tschechischen Republik gemeinsam an Maßnahmen zur Vermeidung von Waldbränden arbeiten.
- Es werden neun deutsche Verwaltungsstellen an dem Vorzeigevorhaben zur Förderung des Austausches öffentlicher Verwaltungen (PACE, s. Kasten) teilnehmen.

Darüber hinaus wird die Hansestadt Hamburg Unterstützung bei der Digitalisierung der Hafensicherheit erhalten – im Rahmen eines durch Belgien eingereichten Mehrländerantrags für ein gemeinsames Projekt der Häfen Hamburg, Antwerpen-Brügge und Rotterdam.

### NATIONALE KOORDINIERUNGSSTELLEN

Für TSI wurden in allen Mitgliedstaaten Koordinierungsstellen eingerichtet. Zuständig für TSI in Deutschland ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Von dort werden nicht nur Anträge für deutsche TSI-Projekte betreut, sondern auch Anträge anderer Mitgliedstaaten, für die eine Zusammenarbeit mit der deutschen Verwaltung gewünscht wird. Ebenso kann das BMWK dabei unterstützen, geeignete Partner in anderen Mitgliedstaaten über das EU-weite Netzwerk der koordinierenden Stellen zu identifizieren und mit diesen einen gemeinsamen Mehrländerantrag vorzubereiten.

Das BMWK koordiniert den Bewerbungsprozess und unterstützt deutsche Behörden bei der Antragseinreichung. Hierfür werden Informationen für das laufende Ausschreibungsjahr zur Verfügung gestellt. Das BMWK und die Europäische Kommission laden außerdem regelmäßig zu Informationsveranstaltungen ein.

### BEWERBUNGSRUNDE FÜR 2024 ENDET AM 31. OKTOBER 2023

Die neue Ausschreibungsrunde für TSI-2024 wird am 15. Mai 2023 eröffnet und endet am 31. Oktober 2023. Bis dahin müssen Anträge über das BMWK als nationale Koordinierungsstelle bei der Europäischen Kommission eingereicht werden.

Die Europäische Kommission entscheidet über die Auswahl der zu finanzierenden Projekte in einem internen Prozess auf Basis der Qualität der eingereichten Anträge. Dabei spielen insbesondere die Dringlichkeit des Reformbedarfs, der Reifegrad des Vorhabens sowie die Plausibilität der Angaben eine Rolle. Die TSI-Verordnung sieht weder einen länderspezifischen Anteil noch einen anderweitigen Verteilerschlüssel vor. Für das TSI-2024 erfolgreich eingereichte Anträge werden im Laufe des Jahres 2024 umgesetzt. —

#### KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Kathrin Lettgen (Nationale Koordinierungsstelle für TSI)  
Referat: Aspekte der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik,  
Europäische Investitionsbank, Mehrjähriger Finanzrahmen,  
Bund-Länder

[TSI@bmwk.bund.de](mailto:TSI@bmwk.bund.de)  
[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)

TSI-Verordnung: [www.eu/tsi-verordnung](http://www.eu/tsi-verordnung)

Informationen der EU-Kommission zum TSI:  
[www.eu-kommission/tsi](http://www.eu-kommission/tsi)

Antragsformulare: [www.eu-kommission/tsi-anträge](http://www.eu-kommission/tsi-anträge)



i

KURZ &amp; KNAPP

## Streit um die Schätze der Hohen See beigelegt: VN-Meeresschutzabkommen als historischer Durchbruch

**W**as passiert, wenn in 15 Jahren eine Fischart in den Tiefen der Weltmeere entdeckt wird, mit deren Gendaten ein Heilmittel gegen eine lebensgefährliche Krankheit entwickelt werden kann? Wer wird von den Millionen-Gewinnen profitieren, die damit von der Pharmaindustrie erwirtschaftet werden könnten? Und wem gehören überhaupt die marinen Ressourcen, deren Gensequenzen zu Forschungszwecken aus der Hochsee entnommen werden?

Diese Fragen und viele weitere wurden fast 20 Jahre lang unter den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (VN) diskutiert. Im März dieses Jahres konnte schließlich eine Einigung erzielt werden. Das Ergebnis ist ein internationales Abkommen über die „Biodiversität jenseits nationaler Hoheitsgewalt“. Das BMWK hat die Diskussionen innerhalb der Bundesregierung dazu aus industriepolitischer Perspektive begleitet.

Rund 60 Prozent der Weltmeere stehen nicht unter staatlicher Hoheitsgewalt, weil sie weder zu den Küstemeeren noch zu der ausschließlichen Wirtschaftszone eines Staates gehören. Dieser Teil wird Hohe See

genannt und ist kaum erforscht. Dabei gilt die Hohe See als weltgrößtes Ökosystem und „Schatzkiste“ der genetischen Ressourcen: In der Tiefsee, die den Großteil unseres Planeten einnimmt, gibt es eine bisher kaum erschlossene genetische Vielfalt zu entdecken.

Jedes Material pflanzlichen, tierischen, mikrobiellen oder sonstigen Ursprungs aus dem Meer, das mit funktionalen Erbinheiten ausgestattet ist und aus dessen Nutzen sich ein potenzieller Mehrwert ergibt, stellt eine genetische Meeresressource dar. Dazu zählen Fische, Algen, Bakterien und vieles mehr. Die Biodiversität auf der Hochsee war bislang kaum geschützt, das Ökosystem leidet unter zunehmender Überfischung und Verschmutzung.

Das neue VN-Abkommen bietet wichtige Instrumente für den Schutz der Biodiversität auf der Hohen See, z. B. Meeresschutzgebiete und Umweltverträglichkeitsprüfungen. Darüber hinaus gab es eine Verständigung, wie die zukünftigen Gewinne und Vorteile aus der Nutzung der genetischen Meeresressourcen zwischen den Staaten

bzw. Akteuren geteilt werden sollen. Bislang sind zwar kaum Produkte auf Basis solcher Ressourcen aus der Hohen See entwickelt worden, doch das Abkommen soll zukunftssicher darauf vorbereiten. Damit bringt das Abkommen Biodiversitätsschutz für alle und im Gegenzug eine faire Verteilung der Gewinne. Erreicht wird das unter anderem zunächst durch staatliche Zahlungen des globalen Nordens in einen Fonds, der das Geld beispielsweise für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Meeresbiodiversität bereithält. Später könnten die staatlichen Zahlungen durch Zahlungen von Unternehmen abgelöst werden, die Gewinne mit der Nutzung von genetischen Ressourcen aus der Hohen See erzielen. Um in Kraft zu treten, muss das Abkommen nun durch mindestens 60 Staaten ratifiziert werden.

### KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Lara Essig

Referat: Bioökonomie, Biotech- und Lebensmittelindustrie

[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)

[www.bundesregierung.de/meeresschutz](http://www.bundesregierung.de/meeresschutz)

# Termine

## MAI 2023

05.05.2023	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März 2023)
08.05.2023	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März 2023)
15.05.2023	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Mai“
15./16.05.2023	Eurogruppe/ECOFIN
22.05.2023	EU-Ministerrat, Formation: Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie; Brüssel)
23.05.2023	EU-Ministerrat, Formation: Wettbewerbsfähigkeit (Forschung und Raumfahrt; Brüssel)
25.05.2023	EU-Ministerrat, Formation: Handel (Brüssel)

## JUNI 2023

02.06.2023	EU-Ministerrat: Formation: Telekommunikation/Digitales (Luxemburg)
19.06.2023	EU-Ministerrat, Formation: Energie (Luxemburg)
20.06.2023	EU-Ministerrat, Formation Umwelt/Klima (Luxemburg)
29./30.06.2023	Europäischer Rat (Brüssel)

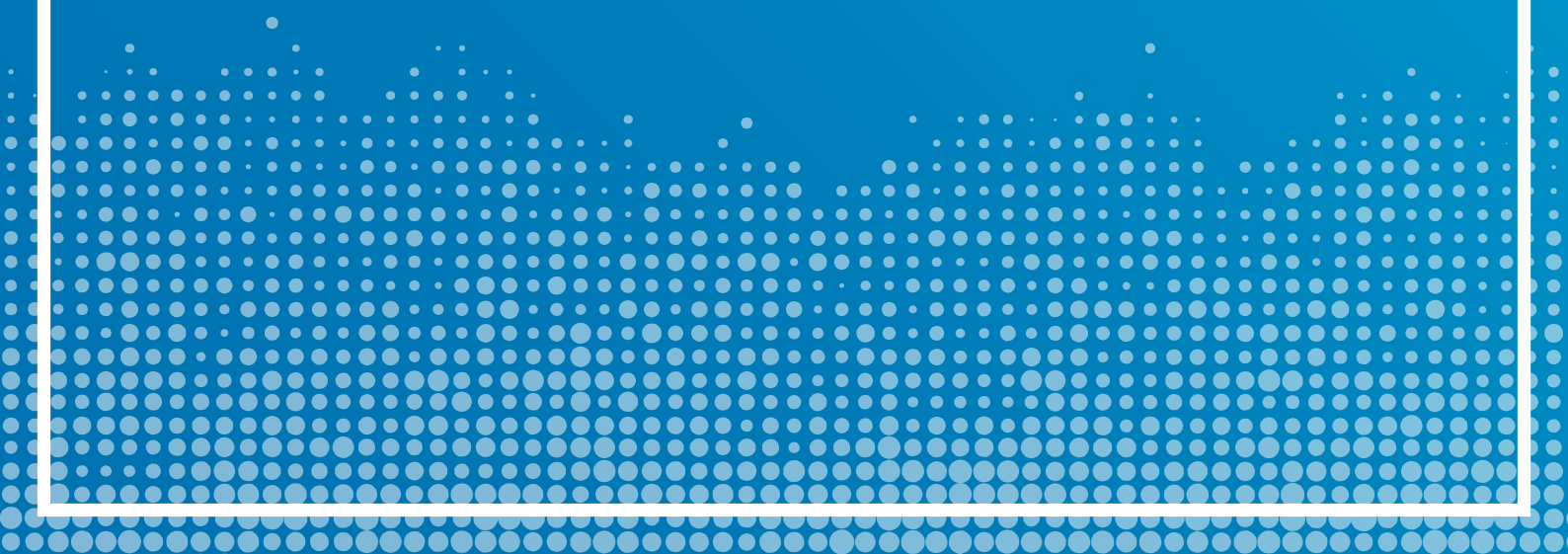
## JULI 2023

10./11.07.2023	Inf. Treffen der EU-Minister/-innen für Energie (Valladolid)
11./12.07.2023	Inf. Treffen der EU-Minister/-innen für Umwelt/Klima (Valladolid)
24./25.07.2023	Inf. Treffen der EU-Minister/-innen für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie; Bilbao)

**K**



**KONJUNKTUR**



# DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

## in Deutschland im April 2023<sup>1</sup>

### IN KÜRZE

#### **Aktuelle Konjunkturindikatoren zeigen eine spürbare Belebung der Wertschöpfung im ersten Quartal 2023**

**an:** Die Industrie- und die Bauproduktion waren infolge der weiter nachlassenden Materialengpässe, der deutlich rückläufigen Energiepreise sowie der günstigen Witterung deutlich aufwärtsgerichtet.

**Für das Gesamtjahr gehen aktuelle Prognosen des Sachverständigenrates und die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute von einem leicht positiven BIP-Zuwachs aus.**

**Die Industriekonjunktur befand sich im ersten Quartal auf Erholungskurs.** Sowohl die Produktion im produzierenden Gewerbe als auch die Auftragseingänge in der Industrie legten im Januar und Februar deutlich zu. Die Geschäftsaussichten hellten sich auf und weniger Unternehmen berichten von Materialengpässen.

**Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) verringerten sich im Februar wieder,** nachdem sie im Dezember trotz Weihnachtsgeschäft spürbar gesunken und im Januar in etwa konstant geblieben waren. Die Stimmung unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern dürfte ihre Erholung in den kommenden Monaten fortsetzen, allerdings belastet nach wie vor die inflationsbedingten Kaufkraftverluste.

**Die Inflationsrate ging im März auf +7,4% zurück. Maßgeblich war vor allem ein Basiseffekt.** Inzwischen sind Nahrungsmittel der größte Preistreiber, nicht nur wegen ihres hohen Gewichts am Warenkorb, sondern auch, weil sie mittlerweile eine höhere Teuerung als die Energieträger aufweisen.

**Der Arbeitsmarkt zeigte im Berichtsmonat März eine robuste Seitwärtsbewegung.** Die typische Frühjahrsbelebung fiel aber vergleichsweise schwach aus. Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich im März in saisonbereinigter Rechnung, es kam aber auch zu kräftigen Anstiegen bei der Erwerbstätigkeit. Die Arbeitsnachfrage liegt weiterhin auf hohem Niveau.

### KONJUNKTURELL GÜNSTIGER START ZU JAHRESBEGINN 2023

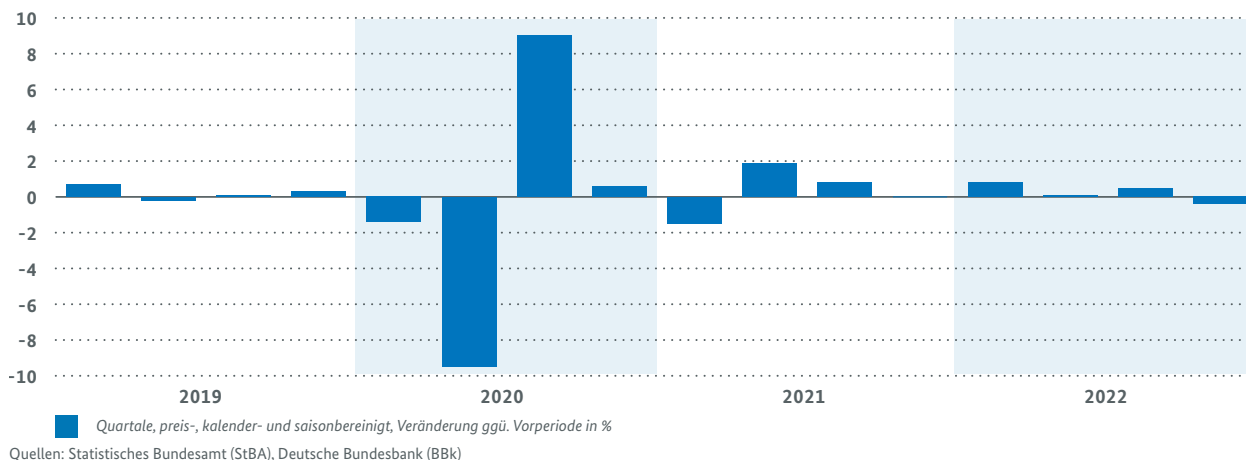
Die konjunkturelle Ausgangslage stellt sich im ersten Quartal 2023 besser dar als zum Jahreswechsel angenommen: Der milde Winter und die hohen Gasspeicherstände haben zu einer ausreichenden Gasverfügbarkeit in Deutschland und Europa beigetragen, was sich auch in einem spürbaren Rückgang der Energiepreise niederschlägt. Die Weltmarktpreise für Gas befinden sich beispielsweise wieder auf dem Niveau vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Der Höhepunkt des Verbraucherpreisanstiegs dürfte damit überschritten sein. Die Industrieproduktion hat sich infolge der weiteren Normalisierung der Lieferketten- und Materialengpässe sowie der moderaten globalen Erholung zuletzt spürbar belebt. Auch die Produktion in den energieintensiven Branchen, die infolge der gestiegenen Gas- und Strompreise im zweiten Halbjahr 2022 deutlich zurückgefahren wurde, war zuletzt wieder aufwärtsgerichtet. Der Bau konnte von der zumeist milden Witterung im Winter profitieren und bestehende Aufträge abarbeiten.

Die jüngsten Konjunktur- und Frühindikatoren deuten damit auf eine wirtschaftliche Belebung im ersten Quartal hin. Dies wird auch von der Frühjahrsprognose des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wie auch von den großen Wirtschaftsforschungsinstituten im Rahmen ihrer Gemeinschaftsdiagnose bestätigt, die beide ein leicht positives BIP-Wachstum zu Jahresbeginn unterstellen. Für das Gesamtjahr 2023 gehen die aktuellen Prognosen von einem leichten Anstieg des BIP im Vorjahresvergleich aus.

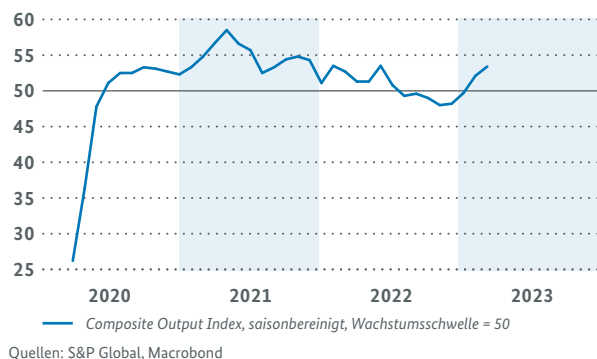
Dennoch bestehen spürbare Belastungen und Risiken für die weitere konjunkturelle Entwicklung, insbesondere die derzeit noch sehr schwache Entwicklung der privaten Konsumausgaben, die Verschlechterung der Rahmenbedingungen in der Bauindustrie, die jüngsten Probleme in einzelnen Finanzinstituten und nicht zuletzt die geopolitischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine.



<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 17. April 2023 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

**BRUTTOINLANDSPRODUKT****WELTWIRTSCHAFT ERHOLT SICH LANGSAM**

Welthandel (-0,1%) und weltweite Industrieproduktion (0,0%) stagnierten im Berichtsmonat Januar. Allerdings ist nach den schwachen Vormonaten ein Aufwärtstrend erkennbar. Die Auftragseingänge aus dem Ausland waren im Januar (+4,9%) und im Februar (+4,2%) deutlich aufwärtsgerichtet. Der IWF geht in seiner aktuellen Prognose vom 11. April von einem Wachstum der Weltwirtschaft von 2,8% im Jahr 2023 aus. Die großen, entwickelten Volkswirtschaften wachsen dabei langsamer (+1,3%) als die Schwellen- und Entwicklungsländer, deren Wirtschaftsleistung mit einer Durchschnittsrate von 3,9% zulegen dürfte. Insbesondere von China (+5,2%) und Indien (+5,9%) dürften in diesem Jahr spürbare Wachstumsimpulse auf die Weltwirtschaft ausgehen.

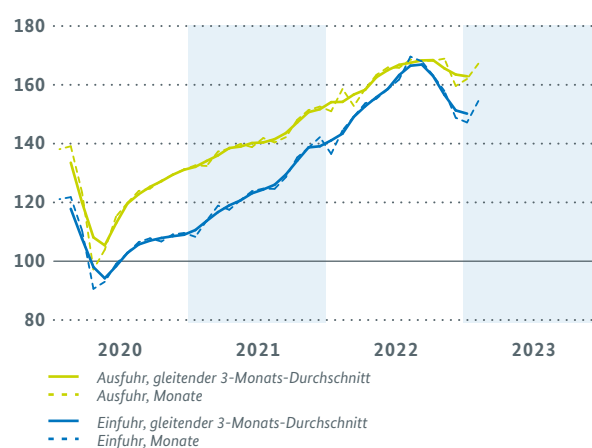
**EINKAUFSMANAGERINDEX WELT S&P GLOBAL****STARKE ERHOLUNG DER AUS- UND EINFUHREN**

Der Wert der Aus- und Einfuhren ist im Berichtsmonat Februar deutlich gestiegen. Die Exporte legten gegenüber dem Vormonat nominal um 3,2% zu, die Importe sogar um 4,9%. Diese Entwicklung ist insofern überraschend, als aktuelle Indikatoren wie die Containerumschläge in nordeuropäischen Häfen (Nordrange-Index) sowie Tiefgangs- und Positionsdaten von Schiffen (Kiel-Trade-Indikator) eine Abschwächung des Außenhandels im Februar suggeriert hatten.

In der aktuellen Preisentwicklung verdeutlicht sich die Entspannung bei den globalen Energie- und Rohstoffpreisen sowie weiter nachlassenden Lieferkettenengpässen. Die Exportpreise gaben im Februar leicht um -0,3% gegenüber dem Vormonat nach. Die Importpreise waren hingegen

**EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)**

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt





deutlich im Minus, hier betrug der Rückgang -2,4 %. In realer Rechnung dürfte der Anstieg der Aus- und Einfuhren im Berichtsmonat Februar daher noch deutlicher ausfallen als in nominaler Rechnung. Da die Importpreise stärker gefallen sind als die Exportpreise, verbesserten sich die Terms of Trade der deutschen Volkswirtschaft erneut leicht.

### AUSSENHANDEL\*

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
<b>WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)</b>					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>AUSFUHR</b>	3,0	-1,1	-5,5	1,5	3,2
<b>EINFUHR</b>	6,8	-5,9	-5,8	-1,1	4,9
<b>AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)</b>					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>AUSFUHR</b>	18,1	11,0	6,5	12,8	6,3
Eurozone	19,4	10,6	6,2	17,7	7,0
EU Nicht-Eurozone	16,7	8,5	1,1	14,4	2,6
Drittländer	17,5	12,2	8,8	8,1	7,0
<b>EINFUHR</b>	32,0	12,7	2,9	9,1	2,6
Eurozone	22,1	4,4	-2,3	7,0	-0,1
EU Nicht-Eurozone	22,9	13,1	5,4	19,8	17,3
Drittländer	42,7	19,0	5,8	7,5	-0,2

\* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Der Ausblick für den Außenhandel hat sich etwas aufgehellt. Der Stimmungsindikator von S&P Global legte im März auf 53,4 Punkte zu. Er befindet sich damit seit zwei Monaten wieder über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, wobei die Stimmungsaufhellung vor allem auf den Dienstleistungsbereich zurückging. Auch die ifo Exporterwartungen konnten im März leicht zulegen. Sie liegen jetzt bei +4,0 Saldenpunkten. Allerdings lag der Index vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine noch bei rund 15 Saldenpunkten. Gemäß dem Trend der letzten Monate haben sich die Materialengpässe in der Industrie weiter entspannt. So gaben in der Umfrage des ifo Instituts vom März nur noch 41,6% der Unternehmen an, von Knappheiten bei Vorprodukten betroffen zu sein. Im Vormonat waren es noch 45,4%.

Ein Jahr nach der russischen Invasion in der Ukraine lässt sich auch in den deutschen Außenhandelsdaten beobachten, wie sich die Verflechtung der deutschen und der russischen Volkswirtschaft zunehmend auflöst. Die Exporte nach Russland lagen im Februar 2023 60,5% unter dem Vorjahresniveau, vor allem getrieben durch die Vielzahl an warenausbelegten Sanktionen. Die Importe aus Russland waren im gleichen Zeitraum sogar um 91,0% rückläufig. In dieser Zahl macht sich die weit fortgeschrittene Bemühung um energiepolitische Unabhängigkeit bemerkbar.

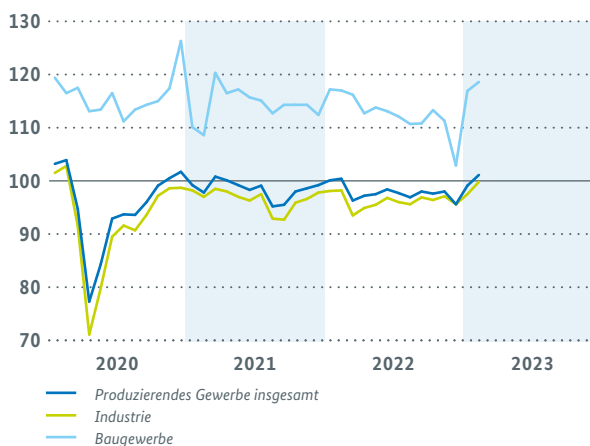
### ROBUSTE INDUSTRIEKONJUNKTUR IM ERSTEN QUARTAL

Sowohl Produktion als auch Auftragseingänge waren im ersten Quartal auf Erholungskurs. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Februar gegenüber dem Vormonat merklich gestiegen (+2,0%). Der Ausstoß in der Industrie legte um 2,4% zu, im Baugewerbe kam es zu einem Plus von 1,5%. Der Bereich Energie und Wasserversorgung war rückläufig (-1,1%).

Bei den jeweiligen Wirtschaftszweigen konnte insbesondere der gewichtige Bereich Kfz und Kfz-Teile kräftig expandieren (+7,6%). Der ähnlich große Maschinenbau stagnierte dagegen nahezu (-0,2%). Die Entwicklung in den besonders energieintensiven Wirtschaftszweigen war fast überall aufwärtsgerichtet: Die Herstellung chemischer Erzeugnisse (+3,2%) legte erneut kräftig zu, ebenso die Kokerei und Mineralölverarbeitung (+6,7%). Der Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung steigerte seine Produktion um 1,7%, Papier und Pappe stagnierte mit +0,1%. Nur die Glasherstellung war mit 0,8% rückläufig.

### PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Auch die Auftragseingänge erhöhten sich im Februar kräftig gegenüber dem Vormonat um 4,8%. Dieser Anstieg stellt den dritten Zuwachs in Folge und den höchsten seit Juni 2021 dar. Ohne Großaufträge ergibt sich eine Erhöhung um 1,2%. Allerdings lagen die Bestellungen zuletzt immer noch 5,7% unter ihrem Vorjahresniveau. Im Vormonatsvergleich legte die Inlandsnachfrage kräftig zu (+5,6%). Auch die Aufträge aus dem Euroraum



erholten sich von ihrem Rückgang zu Jahresbeginn (+8,9%). Derweil stiegen die Aufträge aus dem Nicht-Euroraum nach ihrem starken Plus im Januar nur noch leicht (+1,4%).

## INDUSTRIE

Veränderung ggü. Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
<b>PRODUKTION</b>					
<b>Insgesamt</b>	0,5	0,2	-1,5	2,0	2,4
Vorleistungsgüter	-2,1	-4,1	-5,9	6,0	1,8
Investitionsgüter	3,1	4,2	0,9	0,1	3,4
Konsumgüter	-0,4	-0,9	1,3	-1,5	1,4
<b>UMSÄTZE</b>					
<b>Insgesamt</b>	2,1	1,4	-1,7	-0,6	1,5
Inland	0,6	0,3	-3,0	0,4	1,5
Ausland	3,4	2,4	-0,7	-1,5	1,5
<b>AUFTRAGSEINGÄNGE</b>					
<b>Insgesamt</b>	-0,5	-3,3	1,9	0,5	4,8
Inland	-3,6	-0,3	4,6	-5,4	5,6
Ausland	1,7	-5,3	-0,1	4,9	4,2
Vorleistungsgüter	-1,7	-0,6	8,2	-7,8	1,3
Investitionsgüter	1,7	-5,2	-1,6	7,2	7,3
Konsumgüter	-8,9	-1,5	-1,8	-4,7	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Zuwächse bei Produktion und Aufträgen im Februar sprechen für eine robuste Industriekonjunktur im ersten Quartal. Die Geschäftsaussichten der Unternehmen hellten sich Umfragen zufolge zuletzt weiter auf. Hinzu kommen die gute Auftragslage sowie die sich nach und nach auflösenden Lieferengpässe. Dass sich auch die Herstellung in den energieintensiven Industriezweigen merklich ausweitete, deutet darauf hin, dass die Talsohle der Energiekrise durchschritten wurde. Insgesamt zeichnet sich nach dem schwachen Jahresendquartal 2022 zu Jahresbeginn 2023 eine konjunkturelle Erholung ab.

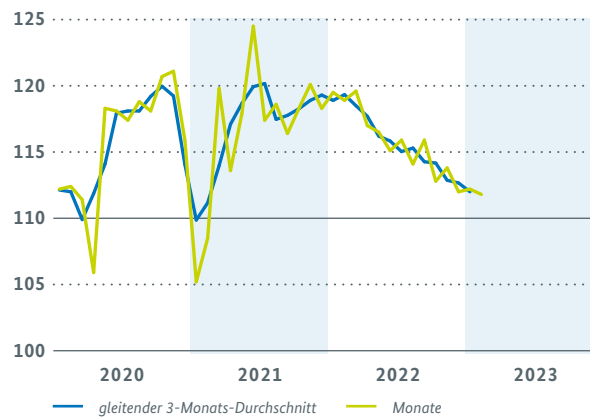
## KAUFKRAFTVERLUSTE BELASTEN WEITERHIN PRIVATEN KONSUM

Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz verringerten sich im Februar um 0,4%, nach einem schwachen Weihnachtsgeschäft im Dezember (-1,6%) und einem geringfügigen Anstieg im Januar (+0,2%). Im Vergleich zum Februar 2022 meldete der Einzelhandel ein (reales) Umsatzminus von 7,0%, was zu einem beträchtlichen Teil die hohen Preissteigerungen widerspiegelt. Im Vergleich zum Niveau vor der Corona-Pandemie im Februar 2020 lag der Umsatz ebenfalls niedriger (-0,5%). Der Handel mit Lebensmitteln verzeichnete im Februar im Vergleich zum Vormonat ein leichtes Umsatzplus von 0,3% (ggü. Vorjahresmonat -7,4%).

Der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln ging im Vormonatsvergleich um 0,3% zurück (ggü. Vorjahresmonat -6,8%). Der Internet- und Versandhandel verbuchte im Februar eine Zunahme um 4,1% (ggü. Vorjahresmonat -8,9%). Hier war der Umsatz aber dennoch 15,0% höher als im Februar 2020 vor der Corona-Pandemie.

## EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Neuzulassungen von Pkw durch private Halter haben sich im März um 17,4% verringert, nachdem sie sich im Februar wieder stabilisiert hatten (+15,5%) und im Januar deutlich um 39,8% gefallen waren. Zum Ende letzten Jahres war die Förderung von E-Autos und Pkw mit Hybrid-Antrieb („Umweltbonus“) reduziert worden bzw. lief aus, weshalb die Neuzulassungen im November und Dezember spürbar um 14,6% bzw. 21,5% zugelegt hatten.

Die beiden gängigen Frühindikatoren für die Stimmung unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern deuten auf eine weitere Erholung in den kommenden Monaten hin, allerdings mit nachlassender Dynamik. So ist das GfK Konsumklima im März zum fünften Mal in Folge gestiegen und für April wird eine weitere, jedoch nur leichte Verbesserung prognostiziert. Auch bei den ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel setzte sich im März die positive Tendenz mit verringertem Schwung fort. Der nachlassende Pessimismus dürfte insbesondere auf die gesunkenen Preise für Energie an den Märkten, aber auch auf die Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung zurückzuführen sein, die die Unsicherheit bei den privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern begrenzt haben.



## INFLATIONSRATE ZULETZT DEUTLICH RÜCKLÄUFIG

Die Inflationsrate hat sich März spürbar um 1,3 Prozentpunkte auf +7,4% verringert. Maßgeblich für den merklichen Rückgang war vor allem ein Basiseffekt: Im März 2022 hatte sich die Inflationsrate mit Beginn des Krieges in der Ukraine infolge des sprunghaften Anstiegs der Energiepreise kräftig erhöht. Diese Steigerung fällt nun aus dem Vorjahresvergleich heraus. Daneben haben die Maßnahmen aus dem dritten Entlastungspaket preisdämpfend gewirkt. Im Vorjahresvergleich hat der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln weiter an Dynamik gewonnen (+22,3%; Feb.: +21,8%; Jan.: +20,2%) und liegt inzwischen deutlich oberhalb des Niveaus bei den Energieträgern (+3,5%; Feb.: +19,1%; Jan.: +23,1%). Seit Januar 2023 wird der Anstieg teilweise durch die (rückwirkend wirksamen) Preisbremsen begrenzt. Dennoch verteuerte sich Haushaltsenergie im März 2023 im Vorjahresvergleich um 21,9% nach wie vor recht stark (Feb.: +32,2%). Dabei legten die Preise für Erdgas um +39,5%, für Strom um +17,1% und Fernwärme um +16,4% zu. Flüssiggas wurden hingegen mehr als ein Drittel billiger (-35,7%). Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) erhöhte sich im März mit +5,8% weiter (Feb.: +5,7%). Auch im Vormonatsvergleich legte die Kernrate erneut spürbar zu (+0,7%). Dies zeigt, dass der Preisdruck an Breite gewinnt.

## VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Feb.	Mär.	Feb.	Mär.
Insgesamt	0,8	0,8	8,7	7,4
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,5	0,7	5,7	5,8
Nahrungsmittel	2,4	1,3	21,8	22,3
Wohnung, Betriebskosten	0,1	0,2	8,3	6,5
Gesundheitspflege	0,3	0,0	3,1	2,8
Verkehr	0,4	0,7	6,4	0,3
Nachrichtenübermittlung	-0,1	-0,2	-0,4	-0,6
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	1,4	1,4	6,2	7,3
Bildungswesen	0,3	0,2	3,7	3,7
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,7	0,6	10,5	10,5
Energie	0,0	0,0	19,1	3,5
Kraftstoffe	0,1	-0,1	3,2	-16,1
Dienstleistungen	0,6	0,6	4,7	4,8
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,6	0,6	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Gegenüber dem Vormonat stiegen die Verbraucherpreise im März um 0,8%. Vor allem die Preise für Nahrungsmittel verteuerten sich mit +1,3% weiter spürbar, wenn auch nicht mehr so stark wie im Februar (+2,4%). Die Energiepreise stagnierten erneut ( $\pm 0,0\%$ ). Hier glichen Preisanstiege bei Fernwärme (+1,2%) und Erdgas (+0,7%) Rückgänge bei Heizöl (-2,3%) und Strom (-0,6%) aus. Die Preise für Kraftstoffe insgesamt blieben nahezu stabil (-0,1%; Superbenzin: +0,3%, Dieselmotortreibstoff: -1,6%).

Laut aktueller Gliederung nach Verwendungszwecken hat erneut der Bereich Nahrungsmittel am stärksten zur Inflationsrate beigetragen (+2,5 Prozentpunkte). Der Beitrag der Wohnkosten ist weiterhin hoch (+1,7 Prozentpunkte, darunter +0,4 Prozentpunkte durch Strom und +0,2 Prozentpunkte durch Gas). Der Preisimpuls aus den Bereichen Freizeit, Erholung und Kultur erhöhte sich mit 0,8 Prozentpunkten deutlich, während der Bereich Verkehr insgesamt in den Hintergrund trat ( $\pm 0,0$  Prozentpunkte).

Für die kommenden Monate werden weiter nachlassende, wenn auch immer noch hohe Inflationsraten erwartet. Das aktuelle Prognosespektrum liegt bei 5,4% bis 6,6% für das Jahr 2023 und bei 2,1% bis 3,5% für 2024. Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale zeichnen sich allerdings laut Einschätzung der Gemeinschaftsdiagnose und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht ab.

## FRÜHJAHRSEBELEBUNG AM ARBEITSMARKT SCHWÄCHER ALS IN VORJAHREN

Der Arbeitsmarkt ist im Berichtsmonat März weiterhin von einer hohen Nachfrage gekennzeichnet, allerdings fiel die typische Frühjahrsbelebung vergleichsweise schwach aus. Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit betrug im März in saisonbereinigter Rechnung 16.000 Personen. Ohne Berücksichtigung ukrainischer Geflüchteter betrug der Anstieg noch 10.000 Personen. Die Erwerbstätigkeit legte im Februar um 31.000 Personen (sb) zu. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gab es im Januar ebenfalls ein Plus (sb +34.000 Personen). Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit fiel im Januar auf rund 140.000 Personen. Sie ist somit seit November rückläufig. Die Frühindikatoren von IAB und ifo blieben im März stabil und deuten auf leicht zunehmende Beschäftigung und tendenziell abnehmende Arbeitslosigkeit hin. Die Arbeitsnachfrage gab am aktuellen Rand zwar etwas nach, liegt aber immer noch auf hohem Niveau: Die IAB-Stellenerhebung hatte für das vierte Quartal 2022 mit fast 2 Mio. offenen Stellen einen neuen Höchststand ausgewiesen. In den März-Zahlen der Arbeitslosigkeit



**ARBEITSMARKT****Arbeitslose (SGB II und III)**

	4.Q.	1.Q.	Jan.	Feb.	Mär.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,443	2,610	2,616	2,620	2,594
ggü. Vorjahr in 1.000	102	193	154	192	232
ggü. Vorperiode in 1.000*	35	1	-8	6	16
Arbeitslosenquote	5,3	5,7	5,7	5,7	5,7

**ERWERBSTÄTIGE (Inland)**

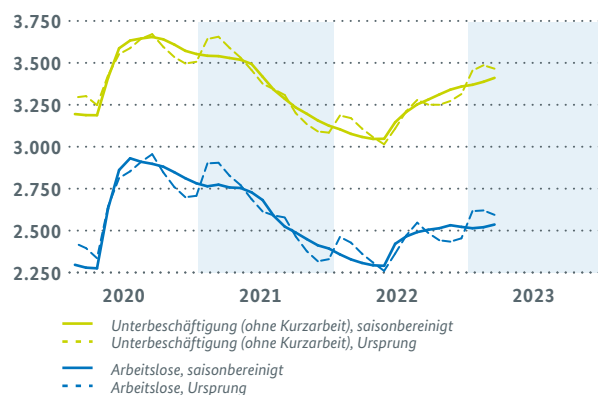
	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,7	45,9	45,8	45,6	45,6
ggü. Vorjahr in 1.000	514	492	458	454	423
ggü. Vorperiode in 1.000*	40	114	28	65	31

**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE**

	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,6	34,8	34,9	34,7	34,6
ggü. Vorjahr in 1.000	581	475	468	441	395
ggü. Vorperiode in 1.000*	79	74	31	45	34

\* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

**ARBEITSLOSIGKEIT UND  
UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)**

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

spiegelt sich vor allem die Wachstumsschwäche am Jahresende 2022 wider. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt dabei vor allem aus den konsumnahen Wirtschaftszweigen, weniger aus den energieintensiven Bereichen.

**ERSTMALIGER ANSTIEG DER UNTERNEHMENS-  
INSOLVENZEN SEIT FINANZKRISE**

Im Gesamtjahr 2022 gab es mit insgesamt 14.590 Unternehmensinsolvenzen einen Anstieg in der amtlichen Insolvenzstatistik um 4,3 % ggü. dem Vorjahr. Damit stiegen die Unternehmensinsolvenzen erstmals seit der Finanzkrise 2009 im Vorjahresvergleich wieder an, allerdings ausgehend von einem historisch niedrigen Niveau (2021: 13.993) seit

Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999. Die meisten Unternehmensinsolvenzen gab es im Jahr 2022 mit 2.698 Fällen im Baugewerbe (Jahr 2021: 2.423; +11,3 %). Es folgte der Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) mit 2.239 Verfahren (Jahr 2021: 2.122; +5,5 %).

Als Frühindikator gibt die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen Hinweise auf die künftige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Diese sind nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Februar um 11 % gegenüber dem Vormonat gestiegen, nach einem Rückgang zum Jahresbeginn (Januar: -3,2 % ggü. Vormonat). Im weiteren Verlauf ist mit einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zu rechnen, allerdings ausgehend von einem im langfristigen Vergleich sehr niedrigen Niveau. Die Folgen des Krieges in der Ukraine und die zwischenzeitlich drastisch gestiegenen Energiepreise stellen für viele Unternehmen Belastungen dar, deren Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen in den nächsten Monaten nur schwer abzuschätzen sind.

# BIP NOWCAST FÜR DAS ERSTE UND ZWEITE QUARTAL 2023

## IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt +0,5% sowohl für das erste als auch für das zweite Quartal 2023 (Stand 12. April).<sup>1</sup>

**D**as Prognosemodell des Nowcast schätzt für das erste Quartal 2022 derzeit einen saison- und kalenderbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal von 0,5%. Für das zweite Quartal 2023 ergibt sich ebenfalls ein Zuwachs von 0,5%. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Einschätzung der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Die tatsächlichen Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung für das erste bzw. für das zweite Quartal 2023 werden vom Statistischen Bundesamt Ende April bzw. Ende Juli 2023 veröffentlicht.

**Die Abbildung veranschaulicht die Entwicklung des Nowcast im Zeitverlauf:** Der Schätzwert für das erste Quartal 2023 belief sich bei erstmaliger Berechnung Anfang Oktober 2022 auf -0,6% und stieg bis zum Jahresende 2022 auf +0,4%. Grund hierfür waren steigende deutsche und europäische Stimmungsindikatoren und positive Nachrichten zu Industrieproduktion und -umsätzen sowie zum Außenhandel im Berichtsmonat Oktober. Anfang Februar wurde ein Prognosehoch von +0,7% erreicht, da sich unter anderem Indikatoren im deutschen, französischen und europäischen Verarbeitenden Gewerbe positiv entwickelten. Anschließend ist eine leichte Abwärtskorrektur auf +0,3% bis Mitte März zu erkennen. Hierzu haben zunächst rückläufige Werte für Einzelhandelsumsätze, Produktion und Umsätze für den Monat Dezember beigetragen. Anfang März hat unter anderem ein Rückgang der Importe negativ gewirkt. Im weiteren Verlauf ist der Nowcast wieder auf +0,5% angestiegen, da Produktion, Auftragseingänge in der Industrie und Ausfuhren (im Berichtsmonat Februar) deutlich zulegten.

**Der Schätzwert für das zweite Quartal 2023 liegt aktuell ebenfalls bei +0,5%.** Ausgehend von einem Wert von +0,1% bei erstmaliger Berechnung Anfang Januar führten im Folgenden günstige Nachrichten zum Konsum- und Geschäftsklima zu Aufwärtsrevisionen bis auf ein Niveau von +0,3% Anfang März. Aufgrund einer ungünstigeren Entwicklung der Industrieproduktion und Arbeitsmarktlage in Frankreich kam es zu einem vorübergehenden Rückgang auf +0,1%. Seit Mitte März ist der Nowcast aber wieder kontinuierlich gestiegen und lag Anfang April bei +0,5%. Positive Impulse lieferten Einkaufsmanagerindizes aus Frankreich und Deutschland, die ZEW-Konjunkturerwartungen und das ifo Geschäftsklima.

**Der Nowcast zum ersten Quartal 2023 erscheint am aktuellen Rand sehr optimistisch.** Die positiven Werte des Indikators unterstreichen aber, dass die Wahrscheinlichkeit für eine technische Rezession im Winterhalbjahr 2022/23 aufgrund der günstigen Entwicklung der Frühindikatoren seit Jahresbeginn zurückgegangen ist. Auch die Maßnahmen der Bundesregierung zur Abfederung der Energiepreiskrise und die Entspannung bei den Lieferkettenproblemen dürften zur Verbesserung der Stimmungsindikatoren beigetragen haben. Die mittlerweile rückläufige Teuerung, insbesondere bei den Energiepreisen, sowie die zuletzt positive Entwicklung bei Produktion und Auftragseingängen weisen auf ein leichtes Wachstum im ersten Quartal hin.

## DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

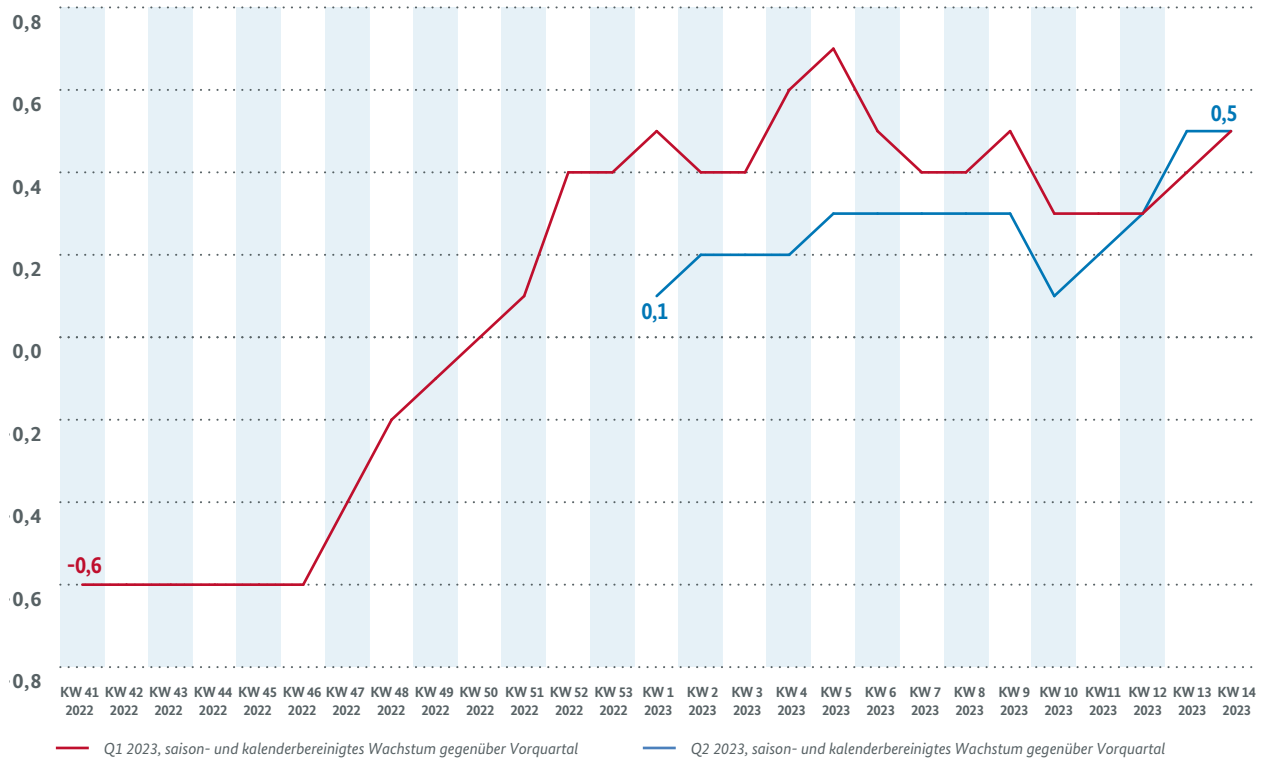


<sup>1</sup> Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020): „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

Der Nowcast zum zweiten Quartal 2023 erscheint angesichts der bestehenden Risiken recht hoch. Die weiterhin hohen Inflationsraten und die damit verbundenen geldpolitischen Maßnahmen dürften für den privaten Konsum und die Investitionen zunächst bremsend wirken. Insbe-

sondere die Bauinvestitionen dürften infolge der gestiegenen Finanzierungs- und Materialkosten weiter unter Druck geraten. Insgesamt ist in den kommenden Monaten mit einer leicht anziehenden, aber immer noch verhaltenen konjunkturellen Dynamik zu rechnen.

#### ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 1. UND 2. QUARTAL 2023 IN %



# MONETÄRE ENTWICKLUNG

## IN KÜRZE

Die EZB erhöht weiter ihre Leitzinsen, während die Verkürzung ihrer Bilanz vorangeht. Dennoch rechnet die Notenbank auch 2025 noch mit einer Inflationsrate leicht über ihrem Ziel von 2%. Die Finanzierungsbedingungen für private Haushalte, Staaten und Unternehmen haben sich auf im Vergleich zu letztem Jahr deutlich höherem Niveau stabilisiert. Der Euro hat seit Jahresbeginn gegenüber US-Dollar und Yen aufgewertet.

## INFLATION

Die Inflation in der Eurozone fiel zuletzt deutlich. Im März stieg das allgemeine Preisniveau „nur noch“ um 6,9% gegenüber dem Vorjahr (Abb. 1).<sup>1</sup> Das Spektrum der Raten der einzelnen Euroländer variiert weiter stark – von zuletzt 3,0% in Luxemburg bis 17,3% in Litauen. Während die Energiepreise (auch durch einen Basiseffekt) das erste Mal seit zwei Jahren mit 0,9% wieder etwas fielen, stiegen die Lebensmittelpreise im März weiter mit zuletzt 15,4% gegenüber dem Vorjahr an. Auch die Kernrate der Inflation, also ohne die stark schwankenden Preise für Energie und Nahrungsmittel, stieg im März erneut auf nun 5,7%. Der

ursprünglich durch hohe Energiepreissteigerungen verursachte Preisauftrieb breitet sich also weiter aus.

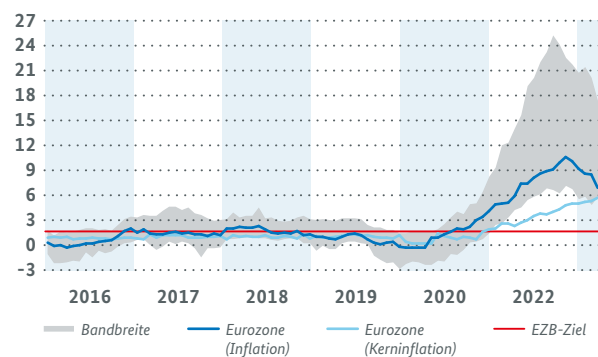
Die EZB hat im März quartalsmäßig neue, etwas niedrigere Inflationsprognosen präsentiert (Abb. 2): Nach 5,3% für dieses Jahr prognostiziert die Notenbank 2,9% für 2024 und 2,1% im Jahr 2025 – die EZB rechnet also auch mittelfristig mit Raten über ihrem 2%-Ziel. Bei der Kernrate der Inflation erwartet die EZB für dieses Jahr aktuell 4,6%, für 2024 dann 2,5% und 2,2% für 2025. Dass die EZB auch 2025 eine – wenn auch nur leicht höhere – Kerninflation als die allgemeine Inflation sieht, deutet darauf hin, dass die EZB mit einem nachlassenden, aber sich ausbreitenden Preisauftrieb rechnet.

## GELDPOLITISCHER KURS DER EZB

Die EZB hat am 16.03.2023 erneut – wie angekündigt um 50 Basispunkte – die Zinsen angehoben. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt nun bei 3,50% (Spitzen-Refinanzierungssatz: 3,75%, Einlagesatz: 3,00%). Die Zinsentscheidung stand in besonderem Fokus vor dem Hintergrund der jüngsten Finanzmarkturbulenzen. Die EZB hob in den ihre Entscheidung begleitenden Worten die erhöhte Verunsicherung der Märkte hervor und betonte, weitere Zinsentscheidungen gerade deshalb weiter datenabhängig zu treffen – nicht nur

ABB. 1: BLICK ZURÜCK

Inflation in der Eurozone, monatlich (%)

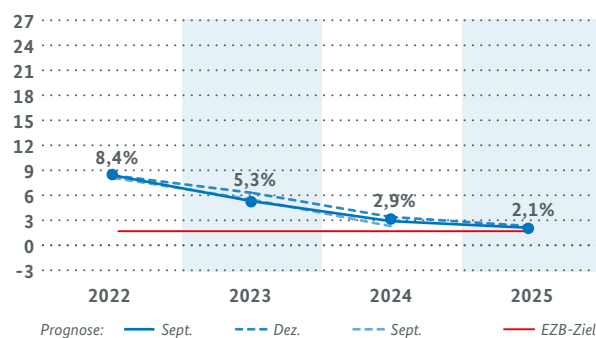


In % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Die Bandbreite zeigt die höchsten und niedrigsten Inflationsraten der einzelnen Euroländer an. März-Werte vorläufig.

Quellen: EZB für Prognosen, Eurostat, Macrobond für historische Daten

ABB. 2: BLICK NACH VORNE

EZB-Inflationsprognosen, jährlich (%)



<sup>1</sup> Gemessen auf Basis des über die Eurozone Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

mit Blick auf die Inflationsdaten, sondern auch, wie EZB-Präsidentin Lagarde betonte, mit Blick auf Finanzmarktdaten. Einen Zielkonflikt zwischen Preis- und Finanzmarktstabilität gebe es laut Lagarde nicht. Zudem sei der Bankensektor der Eurozone „widerstandsfähig, mit starken Kapital- und Liquiditätspositionen“. Die EZB stünde ferner in jedem Fall bereit, wenn nötig, Notfallliquidität bereitzustellen.

Die nächste Zinsentscheidung trifft die EZB am 04.05.2023. Für diese Sitzung gab die Notenbank nun keine Forward Guidance mehr: Während die EZB den letzten Zinsschritt noch klar andeutete, gab sie nun keine Indizien mehr dafür, was sie im Mai (und danach) tun werde.

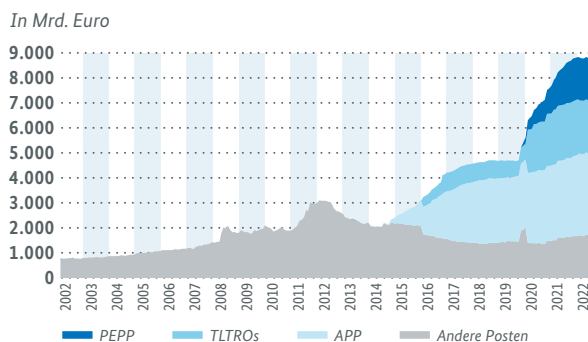
Nachfolgend der Status quo der Maßnahmen zur Verkürzung der EZB-Bilanz („Quantitative Tightening“):

- Das Portfolio des **Asset Purchase Programms (APP)**; 3.231 Mrd. Euro = 42 % der Bilanz) werde langsam und wie in den letzten Monaten angekündigt abgebaut, indem nicht alle fällig werdenden Wertpapiere reinvestiert werden. Der Abbau werde sich bis Ende Juni auf durchschnittlich 15 Mrd. Euro pro Monat belaufen. Anschließend werde erneut über das Tempo des Abbaus entschieden.
- Alle fällig werdenden Positionen im Portfolio des **Pandemic Emergency Purchase Programms (PEPP)**; 1.676 Mrd. Euro = 22 % der Bilanz) würden dagegen – ebenfalls wie seit langem angekündigt – weiter bis mindestens Ende 2024 voll reinvestiert werden. Die EZB behält sich weiter vor, Reinvestitionen im PEPP flexibel zu nutzen und die Anleihen bestimmter Euroländer bevorzugt zu kaufen, um unterschiedlich stark steigende Risikoaufschläge („Fragmentierung“) im Binnenmarkt zu verhindern. Das PEPP wurde angesichts des Pandemieausbruchs zusätzlich zum APP aufgelegt, um die Lage zu stabilisieren. Es erlaubt flexiblere Ankäufe als das APP, insbesondere den Ankauf griechischer Wertpapiere.
- Die **Targeted longer-term Refinancing Operations (TLTROs)**; 1.187 Mrd. Euro = 15 % der Bilanz): Die vergünstigten Kredite an den Bankensektor wurden seit 2015 in drei Chargen und zuletzt angesichts des Pandemieausbruchs vergeben, um Banken zu mehr Kreditvergabe zu bewegen. Sie wurden im Dezember 2021 eingestellt, die Banken haben jedoch bis zu vier Jahre Zeit, die Kredite zurückzuzahlen. Im November 2022 hat die EZB die Zinsen auf ihre vergünstigten Kredite an den Bankensektor angepasst, sodass die Banken diese schneller zurückzahlen und die EZB-Bilanz sich damit passiv verkürzt. Seitdem wurden Kredite i. H. v. 635 Mrd. Euro vorzeitig zurückgezahlt.

- **Green Tilting:** Gleichzeitig gewichtet die EZB nun ihr Portfolio mittels Reinvestitionen von im APP gehaltenen, fällig werdenden Unternehmensanleihen (Dezember: 342 Mrd. Euro = 4 % der EZB-Bilanz) zugunsten von Unternehmen mit besserer Klimaperformance um. Die EZB hat dafür einen eigenen Klimascore entwickelt. EZB-Direktoriumsmitglied Schnabel hatte in einer Rede am 10.01.2023 auch Ankäufe grüner Staatsanleihen, insbesondere von Supranationals (also von der EU oder der Europäischen Investitionsbank), in Aussicht gestellt. Details hierzu gibt es jedoch noch nicht.

Die **EZB-Bilanz** beträgt derzeit 7.730 Mrd. Euro, was rund 11 % weniger ist als zum Höchststand im Mai 2022.

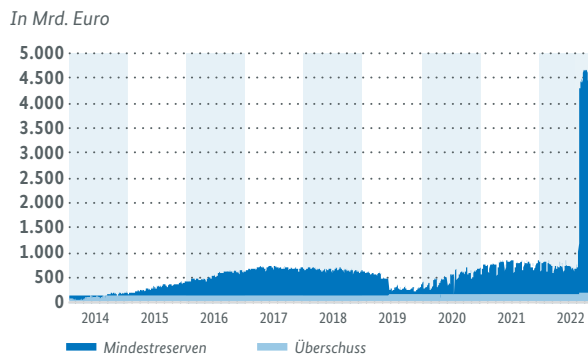
ABB. 3: EZB-BILANZ



## FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN

Die Banken der Eurozone haben angesichts der Leitzinserhöhungen seit September letzten Jahres große Teile ihrer Überschussreserven – also Einlagen von Kreditinstituten auf Zahlungsverkehrskonten bei der Zentralbank, die über

ABB. 4: LIQUIDITÄT IM EUROBANKENSYSTEM



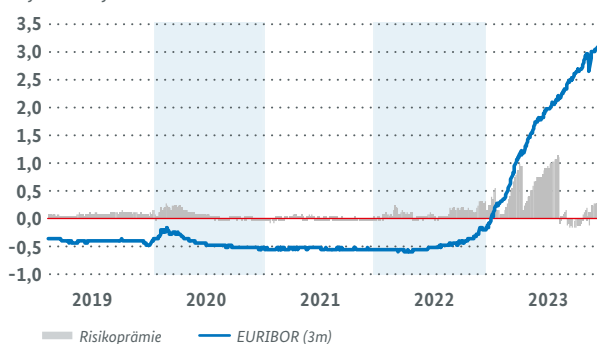


das Mindestreservesoll hinausgehen – in die seitdem wieder positiv vergütete Einlagefazilität verschoben. Dort hielten Banken zuletzt etwa 3,9 Bio. Euro (Abb. 4).

Am Geldmarkt, an dem Banken unbesichert ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf decken, steigen die Zinsen weiter und liegen weiter über dem Niveau der Einlagefazilität. Der EURIBOR, einer der am stärksten genutzten Referenzzinssätze in der Eurozone (hier für Geschäfte mit Laufzeit von 3 Monaten), notierte zuletzt etwas über 3% (Abb. 5). Der Risikoaufschlag zu besicherten Instrumenten für die gleiche Laufzeit fiel seit dem Jahreswechsel wieder und notierte zuletzt bei etwa 0,3%.

### ABB. 5: GELDMARKT

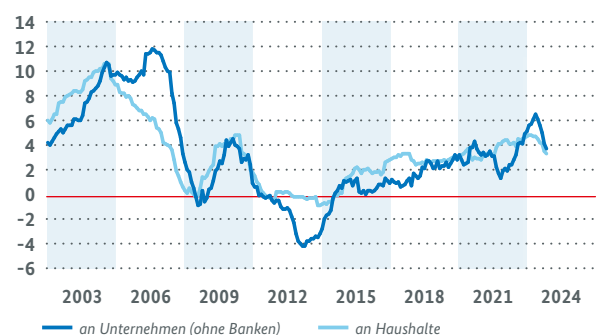
In % ggü. Eurex Repo STOXX GC Pooling Market, Referenzlaufzeit: 3 Monate



Das ausstehende Kreditvolumen in der Eurozone belief sich im Februar (letzter Datenpunkt zu Redaktionsschluss) auf 6,6 Bio. Euro (an private Haushalte) und 14,2 Bio. Euro an Unternehmen (das entspricht ca. 57% bzw. 121% des Eurozonen-BIP). Das ausstehende Volumen von Krediten an

### ABB. 6: KREDITWACHSTUM

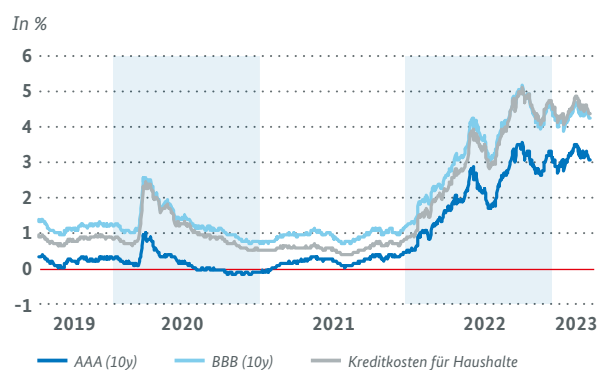
In % ggü. Vorjahr



Haushalte wuchs um 3,3 % und Kredite an Unternehmen um 3,7 % im Vergleich zum Vorjahr und damit langsamer als noch zum Jahreswechsel (Abb. 6).

Die Kreditzinsen in der Eurozone sind dabei deutlich höher als noch vor einem Jahr. Anleihen mit einer BBB-Bewertung und mit einer Laufzeit von 10 Jahren notierten zuletzt beispielsweise bei 4,2 %, solche mit einem AAA-Rating bei 3,1 %. Die Finanzierungskosten für private Haushalte bewegen sich dazwischen, zuletzt bei 4,4% (Abb. 7).

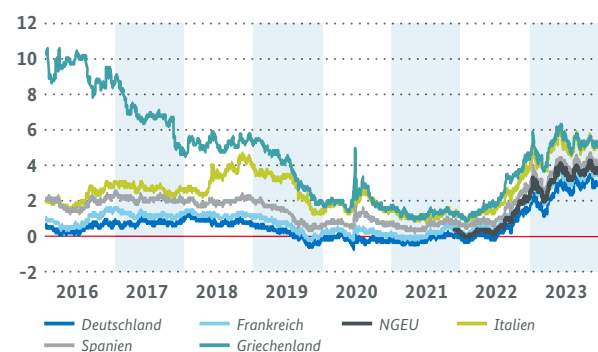
### ABB. 7: ZINSEN AUF UNTERNEHMENSANLEIHEN UND FINANZIERUNGSKOSTEN FÜR PRIVATE HAUSHALTE



Die Zinsen 10-jähriger Staatsanleihen der Eurozone haben sich zuletzt im Großen und Ganzen seitwärts bewegt, während sich die Spreads wieder etwas angenähert haben. Deutsche Bundesanleihen notierten zuletzt um 2,2 % (Abb. 8). Die höchsten Zinsen gibt es nach wie vor von griechischen und italienischen Staatsanleihen; sie lagen zuletzt bei 4,2 % bei beiden Ländern, mit einem Spread zu Deutschland von

### ABB. 8: ZINSEN AUF 10-JÄHRIGE STAATSANLEIHEN

In %

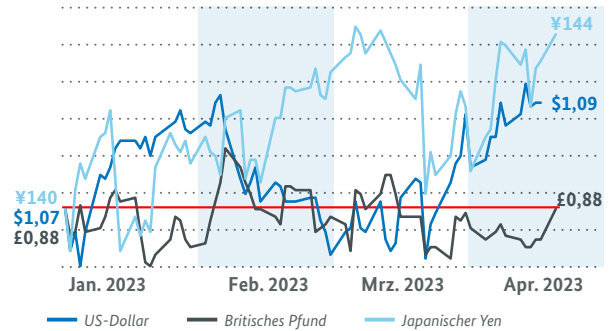


etwa 185 Basispunkten. EU-Anleihen (hier für NGEU) rentierten zuletzt bei 3,1%, mit einem Spread von 76 Basispunkten.

Der Euro hat im Vergleich zum Jahresbeginn 2% an Wert gegenüber dem US-Dollar wiedergewonnen und notierte bei zuletzt 1,09 US-Dollar pro Euro. Gegenüber dem britischen Pfund hat sich der Euro seit Jahresbeginn im Schnitt seitwärts bewegt und notierte zuletzt bei 0,88 Pfund pro Euro. Gegenüber dem japanischen Yen hat der Euro seit Jahresbeginn rund 13% an Wert gewonnen und notierte zuletzt bei 144 Yen pro Euro (Abb. 9).

**ABB. 9: WECHSELKURSE**

Index rebasiert auf 1. Januar 2021 = 100



Quelle: Macrobond

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
[www.bmwk.de](http://www.bmwk.de)

### Stand

April 2023

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

### Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

### Bildnachweis

Titel, S. 3, 7: istockphoto/ipopba; S. 2: BMWK/Dominik Butzmann; S. 14: istockphoto/Daniel Balakov;  
S. 15: istockphoto/Petmal; S. 18: istockphoto/Pekic;  
S. 19: istockphoto/gremlin; S. 24: istockphoto/artJazz;  
S. 28: istockphoto/richcarey

### Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)  
[www.bmwk.de](http://www.bmwk.de)

### Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721  
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.